

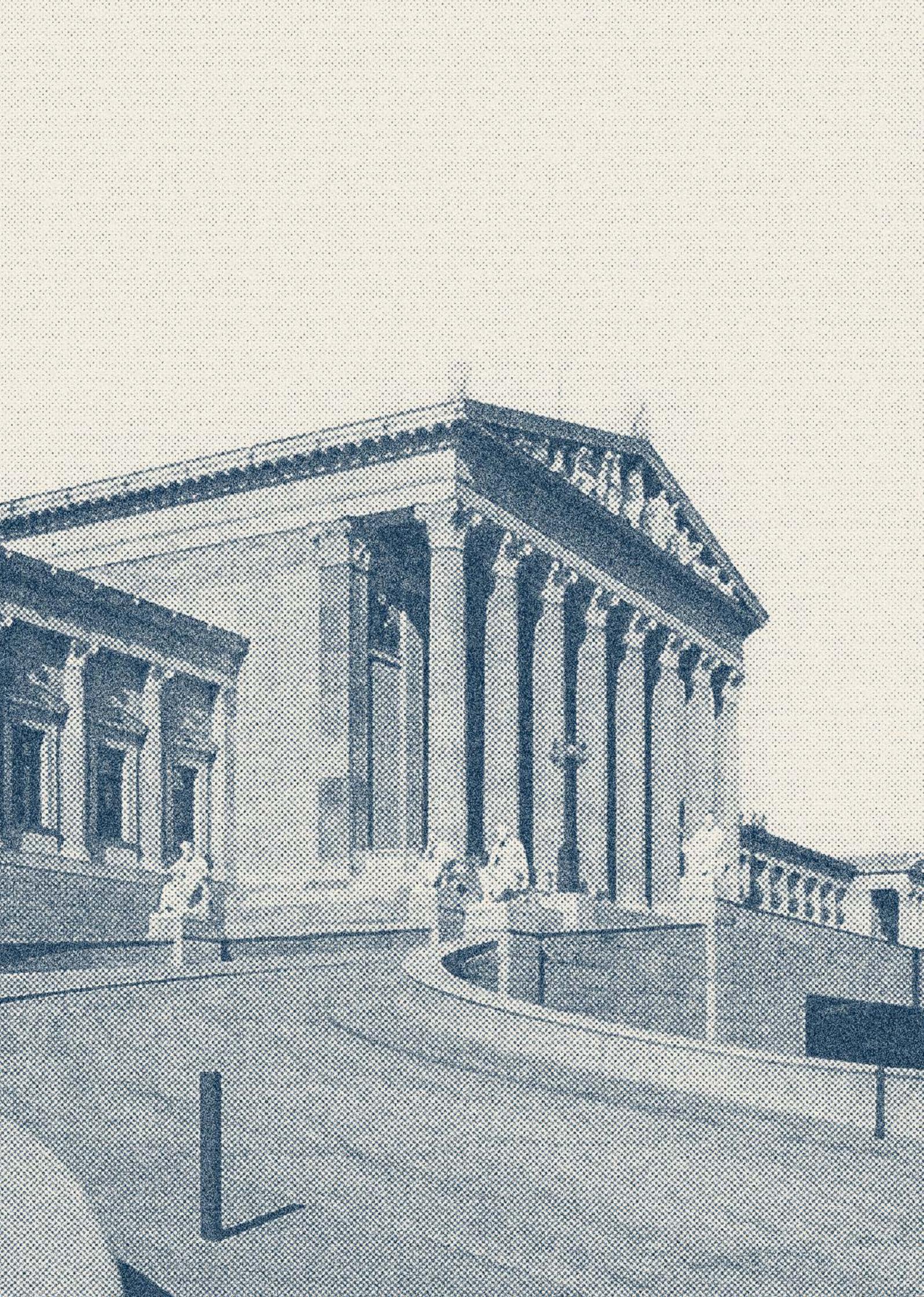


Parlament
Österreich

HEIDE SCHMIDT MIDT

HEIDE SCHMIDT
im Gespräch mit Günther Schefbeck

Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen | Band 4



Parlamentsdirektion (Hg.)

„... das ist für mich
wirklich, wie in
einem Buch gelebt
zu haben.“



Heide Schmidt

im Gespräch mit Günther Schebeck

**Das österreichische Parlament
in persönlichen Erinnerungen**

Band 4



Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ wurde vom Historiker und langjährigen Leiter des Parlamentsarchivs Günther Schefbeck ins Leben gerufen. Seine Gespräche mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates spiegeln die Geschichte von Demokratie und Parlamentarismus in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten wider. Gleichzeitig erlauben sie vertiefte Einblicke und beleuchten Zeitgeschichte aus völlig neuen und besonders spannenden Blickwinkeln – jenen der Gestaltenden selbst. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach. Zugleich zeichnen sie ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament und deren Veränderung durch Prozesse der Digitalisierung.

Die Interviewpartnerinnen und -partner von Schefbeck bilden das gesamte Spektrum ab: Präsidentinnen und Präsidenten des Nationalrates, Klubobleute, Abgeordnete zum Nationalrat, Präsidentinnen und Präsidenten des Bundesrates sowie Mitglieder des Bundesrates. Sie alle erleben Parlamentarismus in verschiedenen, einander teilweise überschneidenden Rollen. Die Analyse von Wendepunkten und die rückblickende Betrachtung ist dabei nicht nur eine für Interessierte spannende Lektüre – sie erlaubt in ihrer Bezugsetzung zur Gegenwart auch Lehren für die Zukunft.

Einleitung

Es ist der 4. Februar 1993, 10 Uhr vormittags: Im Presseclub Concordia in der Wiener Bankgasse kommt es zu einem politischen Paukenschlag. Die Dritte Präsidentin des Nationalrates Heide Schmidt gibt gemeinsam mit vier weiteren Mitgliedern des Parlamentsklubs der FPÖ ihren Austritt aus dieser Partei und die Gründung einer neuen politischen Partei, des Liberalen Forums, bekannt. Es ist die Geburtsstunde einer liberalen Partei, der ersten ihrer Art in der Republik Österreich, und auch wenn diese Partei nur für wenige Jahre, bis 1999, im Nationalrat vertreten ist, hat sie gezeigt, dass in der österreichischen Parteienlandschaft nicht nur Platz für eine solche Partei ist, sondern sogar Bedarf nach ihr besteht. Die 2012 gegründete Partei NEOS fusioniert 2014 mit dem Liberalen Forum, tritt dessen Erbe an und trägt es weiter.

Heide Schmidt ist als Gründerin des Liberalen Forums in die österreichische Zeitgeschichte eingegangen, hat aber auch durch den mit diesem Gründungsakt vollzogenen Bruch mit dem bis dahin die FPÖ unangefochten dominierenden Parteiobmann Jörg Haider einen exemplarischen Akt persönlicher und politischer Emanzipation vollzogen. Wie ist es dazu gekommen, dass diese Befreiungshandlung für Heide Schmidt notwendig geworden ist?

Heide Schmidt wurde als Heide Kollmann am 27. November 1948 in Kempten im Allgäu (Deutschland) geboren. Ihre Mutter stammte aus Brunn, ihr Vater aus Slavonski Brod an der Save – ihre Eltern waren also Altösterreicher, die am Ende des Zweiten Weltkrieges vertrieben worden waren, und betrachteten sich als Sudetendeutsche. Mit den Eltern des Vaters war die Familie nach Kempten gegangen, nach ihrer Scheidung zog die Mutter mit Heide und deren älterer Schwester Inge zu ihrer Familie nach Wien. Dort wuchs Heide Schmidt auf und entschied sich nach der Matura für ein rechtswissenschaftliches Studium, das sie 1971 mit der Promotion abschloss.

Während des Gerichtsjahrs gab sie ihren ursprünglichen Berufswunsch, Strafverteidigerin zu werden, auf und trat ihren Dienst im Bundesministerium für Unterricht und Kunst an, wo sie in der Legistik arbeitete und daher schon früh mit Gesetzgebungsverfahren in Berührung kam. Als 1977 die Volksanwaltschaft gegründet wurde, erhielt Heide Schmidt, wie sie nach ihrer Verheiratung hieß – den Namen

behielt sie auch nach ihrer Scheidung bei –, die Chance, gemeinsam mit dem von der FPÖ nominierten Volksanwalt Gustav Zeillinger als dessen Assistentin am Aufbau dieser neuen Institution mitzuwirken. Der FPÖ war sie 1973 beigetreten. In einem Interview erklärte sie viel später: „Ich habe mir gedacht: Zu den Großen gehöre ich nicht, also gehe ich zu den Kleinen.“ Auch ihr damaliger Freundeskreis war in der FPÖ verankert.

Als Assistentin oder „Sekretär“, wie ihre Funktionsbezeichnung lautete, des eloquenten Volksanwaltes Gustav Zeillinger erlangte auch Heide Schmidt rasch öffentliche Bekanntheit, weil sie mit ihm in die seit 1979 im ORF laufende Sendereihe „Ein Fall für den Volksanwalt“ ging, in welcher wichtige Fälle der Volksanwaltschaft öffentlichkeitswirksam aufbereitet und diskutiert wurden. Als Gustav Zeillinger 1983 von Helmut Josseck abgelöst wurde, setzte Heide Schmidt ihre Tätigkeit mit diesem fort.

In der FPÖ löste auf dem Innsbrucker Parteitag im September 1986 der junge, aufstrebende Jörg Haider den bisherigen Parteivorsitzenden Norbert Steger an der Parteispitze ab, was in der öffentlichen Wahrnehmung als Absage der Mehrheit der Partei an Stegers Versuch, die FPÖ zu einer liberalen Partei zu entwickeln, gewertet wurde. Bundeskanzler Franz Vranitzky beendete aus diesem Anlass die Koalition der SPÖ mit der FPÖ auf Bundesebene. Die Stimmenzuwächse der FPÖ bei den folgenden Wahlen in Bund und Ländern zeigten, dass Haider mit seiner Politik, die bald als „populistisch“ charakterisiert wurde, in der Wählergunst erfolgreich war.

Heide Schmidt war in der FPÖ geblieben, obgleich sie sich in einem Gegensatz zum politischen Kurs Jörg Haiders fühlte. Auf Wunsch des Wiener Landesparteiobmanns Erwin Hirnschall kandidierte sie – wenn auch auf einem unwählbaren Listenplatz – bei der Wiener Landtagswahl 1987 und nahm nach dem großen Wahlerfolg, welcher der Wiener FPÖ erstmals ein Mandat im Bundesrat sicherte, seinen Vorschlag an, dieses Mandat auszuüben. So trat sie im Dezember 1987 als erste freiheitliche Bundesrätin in die Länderkammer ein, wo ihr, einerseits aufgrund dieses Alleinstellungsmerkmals, andererseits aufgrund ihrer Eloquenz, mehr mediale Aufmerksamkeit zuteilwurde, als sie Mitglieder des Bundesrates sonst erfahren.



Konstituierende Sitzung des Nationalrates (1990),
(v. li.) Robert Lichal, Heinz Fischer, Heide Schmidt



Portraitfoto von Heide Schmidt (1994)



Heide Schmidt mit dem damaligen
Bundespräsidenten Kurt Waldheim
bei einem Empfang (1992)

Alsbald erkannte auch Jörg Haider das Potenzial der jungen Wiener Politikerin und trug ihr im folgenden Jahr, 1988, das Amt der Generalsekretärin der FPÖ an, das sie bis 1990 ausübte. 1992 wurde sie auf Haiders Vorschlag zur Bundesparteiobermann-Stellvertreterin der FPÖ gewählt. Als sie nach der Nationalratswahl 1990 vom Bundesrat in den Nationalrat gewechselt hatte, wurde sie von der FPÖ für das ihr gemäß parlamentarischer Usance aufgrund der Mandatsstärke zustehende Amt der Dritten Präsidentin des Nationalrates nominiert und in geheimer Abstimmung in dieses Amt gewählt. Binnen weniger Jahre hatte Heide Schmidt also einen steilen politischen Aufstieg in eines der höchsten repräsentativen Ämter der Republik vollzogen.

Zwei Jahre später übernahm sie auf Betreiben Jörg Haiders die Kandidatur für das höchste Amt der Republik. Bei der Bundespräsidentenwahl 1992 trat sie als Kandidatin der FPÖ gegen den von der ÖVP nominierten Diplomaten Thomas Klestil und den von der SPÖ nominierten bisherigen Bundesminister Rudolf Streicher sowie gegen den von den Grünen aufgestellten Zukunftsforscher Robert Jungk an und erreichte im ersten Wahlgang 16,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen.

Schon im Bundespräsidentenwahlkampf hatte Jörg Haider Heide Schmidt vorgeworfen, dass sie zu wenig freiheitliche Positionen transportiert hätte. Das sich anbahnende Zerwürfnis zwischen ihm und seiner Stellvertreterin im Bundespartei-vorsitz erreichte einen neuen Höhepunkt, als die FPÖ-Bundesparteileitung im November 1992 die Einleitung eines gegen Einwanderung gerichteten Volksbegehrens unter der Bezeichnung „Österreich zuerst“ beschloss; die einzige Gegenstimme in diesem Gremium kam von Heide Schmidt.

Der Parteiaustritt erschien ihr nunmehr unvermeidlich. In Gesprächen mit zwei Vertrauten, Karl Sevelde und Gerhard Kratky, entstand freilich ein darüber hinausgehender politischer Plan: nämlich eine neue, liberale politische Partei zu gründen. Um dieser Partei von vornherein parlamentarische und damit zugleich mediale Präsenz, aber auch eine Basisfinanzierung zu sichern, erschien es geboten, vier weitere Mitglieder des Parlamentsklubs der FPÖ dafür zu gewinnen, aus der FPÖ und ihrem Klub auszutreten und gemeinsam einen neuen Parlamentsklub zu bilden. Heide

Schmidt sprach jene Klubkollegen, die für einen solchen Schritt besonders in Betracht zu kommen schienen, einzeln an und gewann sie für ihre Absicht: Es handelte sich um Friedhelm Frischenschlager, Thomas Barmüller, Hans Helmut Moser und Klara Motter. Dass es gelang, die Absicht des Austritts aus der FPÖ und der Klubbildung bis zum Tag der öffentlichen Bekanntgabe am 4. Februar 1993 geheim zu halten, muss in einer politischen Landschaft wie der österreichischen als besondere Leistung gewertet werden.

Ihren Partei- und Klubobmann Jörg Haider informierte Heide Schmidt über ihre Entscheidung am Morgen des 4. Februar, zwei Stunden vor der Pressekonferenz. Er hätte ihr geantwortet, berichtete sie später: „Das habe ich schon erwartet.“ Von der Absicht des gemeinsamen Austritts von fünf Abgeordneten aus der FPÖ und der Bildung eines neuen Parlamentsklubs zeigte er sich freilich völlig überrascht. Die FPÖ reagierte auf die Entscheidung Heide Schmidts mit einem Narrativ des Verrats, und Jörg Haider forderte die Ausgetretenen auf, auf ihre Mandate zu verzichten, welche sie der FPÖ verdankten.

Für den Erfolg des Projekts ausschlaggebend war die Entscheidung des Präsidenten des Nationalrates Heinz Fischer über die Anerkennung der ihm angezeigten Bildung des neuen Parlamentsklubs des Liberalen Forums. Nach Einholung von Rechtsgutachten entschied er zugunsten dieser Anerkennung und ebnete damit dem Liberalen Forum den Weg für den Aufbau einer zumindest elementaren Infrastruktur. Die benötigte das Liberale Forum auch dringend, um sich auf die schon 1994 anstehende Neuwahl des Nationalrates vorbereiten zu können. Bei dieser Wahl erreichte das Liberale Forum 6 Prozent der Stimmen und elf Mandate. Heide Schmidt, deren Funktion als Dritte Präsidentin des Nationalrates mit Ablauf der vorangegangenen Gesetzgebungsperiode geendet hatte, übernahm nunmehr (von Friedhelm Frischenschlager) auch die Funktion der Klubvorsitzenden. Als Bundessprecherin der Partei hatte sie von Anfang an die neue politische Kraft in der öffentlichen Wahrnehmung in hohem Maße persönlich verkörpert. Diese hohe öffentliche Präsenz war für den Erfolg des Projekts maßgeblich mitverantwortlich, für Heide Schmidt selbst aber natürlich auch mit Belastungen verbunden.

Nach dem vorzeitigen Ende der Gesetzgebungsperiode im Jahr 1995 – als der neue Bundesparteiobmann der ÖVP Wolfgang Schüssel die Koalition mit der SPÖ unter Bundeskanzler Franz Vranitzky kurzfristig beendet hatte – stand neuerlich die Wahl des Nationalrates an, und das Liberale Forum zog mit geringen Stimmenverlusten, nämlich einem Stimmenanteil von 5,5 Prozent, und mit zehn Mandaten erneut in den Nationalrat ein. Für die junge politische Partei galt es einerseits, ihre inhaltlichen Positionen abzustecken und andererseits, sich organisatorisch auf Bundesebene, aber auch auf Ebene der Bundesländer zu etablieren. Tatsächlich gelang in drei Bundesländern, nämlich in Wien, Niederösterreich und der Steiermark, der Einzug in die Landtage. Inhaltlich zwang das Liberale Forum durch seine Existenz die anderen politischen Parteien, auch die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, dazu, sich mit liberalen Positionen auseinanderzusetzen und sich auch selbst um liberale Wählerinnen und Wähler zu bemühen. Für das Liberale Forum bedeutete dies naturgemäß, dass sich seine Inhalte mit denen der politischen Mitbewerber zum Teil überschneiden, und so fiel die programmatische Positionierung nicht unbedingt leicht. Schwieriger noch war die organisatorische Verfestigung, und tatsächlich kam es zum Teil zu öffentlich ausgetragenen innerparteilichen Konflikten, etwa mit der Wiener Landespartei.

Bei der Bundespräsidentenwahl 1998 kandidierte Heide Schmidt zum zweiten Mal für das höchste Staatsamt, diesmal gegen den Amtsinhaber Thomas Klestil. Während die SPÖ keinen Kandidaten aufstellte und mit dem Baumeister Richard Lugner ein Kandidat antrat, dem es primär um mediale Aufmerksamkeit zu gehen schien, fühlte sich Heide Schmidt verpflichtet, eine ernstzunehmende politische Alternative zu Thomas Klestil anzubieten. Ihr Kalkül wurde freilich dadurch konterkariert, dass verhältnismäßig kurzfristig vor der Wahl mit der evangelischen Superintendentin Gertraud Knoll eine weitere Kandidatin auftauchte, die von den Grünen und einzelnen Sozialdemokraten unterstützt wurde. Im Ergebnis der Wahl, die Thomas Klestil klar für sich entschied, lag Gertraud Knoll dann knapp vor Heide Schmidt, die 11,1 Prozent der Stimmen erhielt.

Das folgende Jahr, 1999, wurde zum Schicksalsjahr für das Liberale Forum. Nachdem schon bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni des Jahres das bis

dahin vom Liberalen Forum innegehabte Mandat verloren gegangen war, musste der Kampf um den Wiedereinzug in den Nationalrat geführt werden. Bei der Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 blieb das Liberale Forum mit 3,65 Prozent der Stimmen knapp unter der 4-Prozent-Hürde und schied somit aus dem Nationalrat aus. Zwei Tage später kündigte Heide Schmidt ihren Rückzug von der Parteispitze des Liberalen Forums an. Ihr persönliches politisches Projekt war an ein Ende gekommen.

Während sich Heide Schmidt fortan als Vorsitzende der auf ihre Initiative hin gegründeten parteiunabhängigen Privatstiftung „Institut für eine offene Gesellschaft“ betätigte, die bis 2009 bestand, und vorübergehend eine Diskussionssendung bei einem privaten Fernsehsender moderierte, bestand das Liberale Forum als Partei fort, erlangte bei der Nationalratswahl 2002 aber nur mehr knapp 1 Prozent der Stimmen und trat bei der Wahl 2006 gar nicht an; der damalige Präsidiumssprecher des Liberalen Forums Alexander Zach, schloss ein Wahlbündnis mit der SPÖ unter Alfred Gusenbauer und erhielt auf deren Liste ein Nationalratsmandat. Die vorgezogene Nationalratswahl 2008 schien eine letzte Chance zu bieten, verlorenes politisches Terrain zurückzugewinnen, und Heide Schmidt – als die weiterhin bekannteste Politikerin des Liberalen Forums – ließ sich noch einmal dafür gewinnen, die Spitzenkandidatur der Partei zu übernehmen. Als der Präsidiumssprecher Alexander Zach eine Woche vor dem Wahltermin wegen des Vorwurfs, für den Hersteller der vom Bundesheer beschafften Kampfflugzeuge des Typs „Eurofighter“ lobbyiert zu haben, zurücktreten musste, übernahm Heide Schmidt interimistisch auch noch einmal die Parteiführung. Mit einem Stimmenanteil von 2,09 Prozent blieb das Liberale Forum hinter den Erwartungen zurück und deutlich unter der für den Einzug in den Nationalrat geltenden 4-Prozent-Schwelle.

Heide Schmidts einstiger Opponent in der FPÖ, der nunmehrige Spitzenkandidat der von ihm neu gegründeten Partei BZÖ Jörg Haider, hatte bei der Wahl einen letzten beachtlichen politischen Erfolg erzielen können und mit dem BZÖ 10,7 Prozent der Wählerstimmen erhalten. 13 Tage später starb er bei einem Autounfall. Im Wahlkampf war er zurückhaltender aufgetreten als früher, und Heide Schmidt sagte

später in einem Interview: „Ich kann mich erinnern, dass ich [...] mir gedacht habe: Wenn ich nichts wüsste, wenn ich von einem anderen Stern käme und ihn jetzt zum ersten Mal sehen würde, dann könnte ich ihn wahrscheinlich wählen.“

Heide Schmidts politische Tätigkeit war mit diesem letzten erfolglosen Antreten bei einer Nationalratswahl zu Ende gegangen, nicht jedoch ihr politisches Engagement. Weiterhin vertrat sie ihre politischen Überzeugungen im zivilgesellschaftlichen Rahmen. Als im Jänner 2014 die neue politische Partei NEOS mit dem Liberalen Forum zur Partei „NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum“ fusionierte, wurde auch Heide Schmidt Mitglied von NEOS, übernahm aber keine politischen Funktionen mehr.

Heide Schmidt hat die politische Landschaft Österreichs verändert. Sie hat gezeigt, dass in ihr Platz für mehr als vier politische Parteien ist, und sie hat durch Gründung einer liberalen Partei die Reflexion der politischen Inhalte des Liberalismus auch in anderen politischen Parteien verstärkt.

Dem österreichischen Parlament hat Heide Schmidt fast zwölf Jahre hindurch angehört, und sie hat es aus verschiedenen Perspektiven erlebt und mitgeprägt: aus der Perspektive eines Mitglieds des Bundesrates ebenso wie aus jener einer Abgeordneten zum Nationalrat, aus der Perspektive eines Mitglieds des Präsidiums des Nationalrates und aus der Perspektive einer Klubvorsitzenden. Für das Parlament hat sie in ihrem 2020 erschienenen Buch „Ich seh das so: Warum Freiheit, Feminismus und Demokratie nicht verhandelbar sind“ eine schöne Metapher gefunden: „Und doch muss man die Demokratie eben als einen Organismus sehen, dessen Herz – das Parlament – nur ein Organ von vielen ist, aber seine Beschädigung oder gar Ausschaltung den gesamten Organismus absterben lässt, wie unsere Geschichte bewiesen hat.“



(v. li.) Heide Schmidt, Journalist Christian Rainer, Nationalratsabgeordnete Henrike Brandstötter (NEOS) (2024)



Heide Schmidt bei der Verleihung der Concordia-Preise (2021)



(v. li.) Heide Schmidt mit der Zweiten Nationalratspräsidentin Doris Bures (2023)

Gespräch

am 14. Dezember 2015

Interviewer: Frau Präsidentin! Danke, dass Sie sich die Zeit nehmen für dieses Gespräch.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Gerne.

Interviewer: Sie haben eine verschiedene Organe und Funktionen umfassende parlamentarische Karriere durchlaufen, beginnend im Bundesrat. Sie sind im Jahr 1987, Dezember '87, in den Bundesrat eingetreten. Was war da der Hintergrund, was ist Ihre Erinnerung an den Eintritt in den Bundesrat, was waren Ihre ersten Eindrücke?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Also, da war ich noch bei der FPÖ, und das war das erste Mal, dass die FPÖ einen Bundesrat, in dem Fall eine Bundesrätin, hineinschicken konnte. Und das war deshalb ein besonderes Erlebnis, weil zwischen den beiden Blöcken – ÖVP und SPÖ, Grüne gab es zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht – ich die einzig anders Zugehörige war, so als Einzelne und noch dazu als Frau – auch das war damals keine Selbstverständlichkeit. Und ich entsinne mich, dass ich meine erste Rede dort zur EG gehalten habe: Damals standen wir vor der Unterschrift [unter den Beitrittsantrag], und mir ging es darum zu zeigen, wie die Entscheidungsprozesse innerhalb der SPÖ und auch der ÖVP gelaufen sind, und da war ich schon sehr kritisch, wie ich aber glaube, durchaus sachlich. Und wie das so üblich ist bei einer ersten Rede, ich weiß nicht, ob das heute noch so ist, aber damals jedenfalls habe ich den Applaus beider Fraktionen bekommen, quasi als Einstandsgeschenk. Nachher kam aber ein Abgeordneter der ÖVP zu mir – ich würde ihn optisch noch erkennen, aber ich habe seinen Namen vergessen – und hat zu mir gesagt: „Sie haben das schon sehr gut gemacht, aber etwas sage ich Ihnen schon: Das ist bei uns nicht üblich, dass wir da so kritisch sind.“ (Heiterkeit.) Das war für mich ein Erlebnis der besonderen Art und hat aber, glaube ich, das damalige Selbstverständnis des Bundesrates beschrieben, auch das Selbstverständnis der großen Koalition. Die Möglichkeit, als Einzelne dort ein bisschen einen anderen Kurs zu fahren, die ein bisschen aufzurütteln und sie an ihre politischen Aufgaben zu erinnern, war herausfordernd. Ich habe das nicht als Parlamentarismus, wie ich ihn erwartet habe, erlebt, sondern das waren eher parteipolitische Aufgaben, die sie erfüllt haben. Und insofern war diese Wahrnehmung ein reizvoller Einstieg in die aktive Politik, weil er mich zur Aktivität motiviert hat.

Interviewer: Der Bundesrat gilt in der österreichischen Politikwissenschaft, in der österreichischen Öffentlichkeit als eine Kammer, deren Rechtfertigungsgründe nicht immer auf den ersten Blick erkennbar sind. Wie haben Sie die Existenzrechtfertigung des Bundesrates erlebt, wie haben Sie sie für sich erfahren, wie haben Sie sie kommuniziert?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Natürlich ist in der Oppositionsrolle der kritische Blick schärfer als der machtbewahrende Blick der Regierenden. Das gehört einfach zu der Sicht der Dinge dazu. Aber selbst wenn ich davon absehe, dass ich aus der Opposition kam, war es mir nicht sinnhaft, ein solches parlamentarisches Instrument so aufrechtzuerhalten: mit dem Aufwand, mit der formalen Aufgabe, die inhaltlich-politisch eigentlich kaum etwas bringt. Und ich glaube, da hat sich nicht viel geändert, auch wenn in der Zusammensetzung heute Oppositionsparteien eine Selbstverständlichkeit sind.

Und jetzt weiß ich schon, dass es in den meisten Demokratien, die bundesstaatlich organisiert sind, ein Zweikammersystem gibt, aber solange man die Möglichkeiten des Bundesrates nicht gravierend verändert oder ihn durch etwas anderes ersetzt, sehe ich ihn eher als eine traditionelle Einübung für Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker oder als ein Auslaufmodell für jene, die man verdient dort noch hinschickt. Wiewohl ja manches inzwischen doch geändert wurde: Also alleine das Vetorecht einzuführen oder auszudehnen¹, so genau weiß ich das jetzt gar nicht mehr, wenn unmittelbare Finanzinteressen [Anm. Länderinteressen] begründet sind, dann hat der Bundesrat größere Möglichkeiten, aber in der Praxis spielt das selten eine Rolle.

1 | Mit BGBl. Nr. 490/1984 ist das Zustimmungsrecht – oder absolute Vetorecht – des Bundesrates zu Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates auf Verfassungsgesetze oder -bestimmungen ausgedehnt worden, durch welche die Zuständigkeit der Länder in Gesetzgebung oder Vollziehung eingeschränkt wird. Ursprünglich hatte sich das Zustimmungsrecht des Bundesrates auf Änderungen der Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes über den Bundesrat selbst beschränkt.

Interviewer: Was wäre Ihr Reformmodell?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Das geht mir jetzt ein bisschen weit, wenn man das seriös beantworten will, weil das mit einer notwendigen Föderalismusreform zusammenhängt. Ich glaube, dass endlich der Hebel ernsthaft bei unserem Föderalismus mit seiner Ausgestaltung angesetzt werden muss. Wir sind ein kleines Land und auch organisatorisch ein Teil Europas geworden, die Entscheidungsebenen haben sich verändert. Auch der Föderalismus muss sich verändern. Dann ist automatisch auch eine Veränderung des Bundesrates gegeben, und das würde manches nicht nur vereinfachen, sondern auch verbessern. Aber das würde uns jetzt wohl zu weit führen.

Interviewer: Auch wenn es spannend wäre! Aber dann zurück zu Ihrem persönlichen parlamentarischen Cursus Honorum und zu dessen Hintergrund: Sie haben, bevor Sie in den Bundesrat eingetreten sind und damit Ihre parlamentarische Laufbahn begonnen haben, zunächst als Legistin im Bundesministerium für Unterricht und dann als Sekretariatsleiterin der Volksanwälte Gustav Zeillinger und Helmuth Josseck gearbeitet. Inwieweit hat Sie das auf Ihre parlamentarische Tätigkeit vorbereitet, wie haben Sie da aus der Sicht von Regierungsbehörden und aus der Sicht von dem Parlament zuarbeitenden Institutionen das Parlament erlebt? Und darüber hinaus, wie haben Sie sich ansonsten auf Ihre parlamentarische Tätigkeit vorbereitet?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ich empfinde es als eine privilegierte Berufslaufbahn, die ich gehabt habe. Denn, wie Sie richtig sagen, ich habe in der Legistik des Unterrichtsministeriums begonnen, also an jenem Ort, wo Gesetze erarbeitet werden, übrigens auch die Fremdlegistik bearbeitet wird, sodass man auch Einblick in die anderen Ressorts bekommt. Das war eine spannende Tätigkeit.

In der Volksanwaltschaft, in die ich dann gewechselt habe, habe ich die Auswirkung dieser Gesetze erlebt, und zwar einerseits den Widerspruch zwischen dem, was Intention des Gesetzes war, und dem, wie es sich bei den Menschen unmittelbar ausgewirkt hat, aber auch den Widerspruch zwischen Verwaltung und Gesetz – das sind ja verschiedene Ebenen. Manchmal hat die Verwaltung so vollzogen, dass es der Inten-

tion des Gesetzes nicht entsprochen hat. Das konnte an der Gesetzesformulierung liegen, dann musste man eine Gesetzesänderung anregen. Es konnte aber auch sein, dass der Vollzug eine Selbstständigkeit entwickelt hat, er ist vom Gesetz weggegangen. Und diese Erfahrungen und diese unmittelbare Betroffenheit der Menschen von einem Gesetz zu erleben, in der Simplizität ihres Alltags – und zu uns kamen ja diejenigen, die negativ betroffen waren –, das zu erfahren und dann in einem Prüfungsverfahren in Kontakt mit dem zuständigen Minister, der Ministerin zu treten, deren Stellungnahmen zu hören, zu sehen, wie sie reagieren, zu spüren, welche Macht die Verwaltung gegenüber dem Minister, der Ministerin hat, auch das war ein spannendes Erleben. Denn wenn wir mit der Stellungnahme, die vom Minister zwar unterschrieben war, aber natürlich von Beamten gemacht war, nicht einverstanden waren und man nicht weitergekommen ist im Prüfungsverfahren, dann hat man das Gespräch mit Minister oder Ministerin gesucht. Und da zu erleben, wie es hier auseinandergeht mit Beamtenapparat und politischem Wollen, das war eine Erfahrungswelt, die ich für Außenstehende für außergewöhnlich halte. Diese Betroffenheiten zu erleben, hat mein unmittelbares politisches Interesse in dem Maß angekurbelt, dass ich Interesse gehabt habe, auch in die Politik einzusteigen. Und das ist dann letztlich auch gelungen. Für mich ist das eigentlich eine Kette, die sich aneinanderreicht, wo ein Glied ins andere greift und ein Glied das nächste ergibt.

Und die Erfahrungen im Parlament, nach welchen Kriterien und auf welche Weise hier die Gesetzgebung vorstättengeht ... Da kommt auch wieder ein ganzes Bündel von Erfahrungen dazu: auch hier einerseits die Stärke, aber auch Kompetenz eines Verwaltungsapparates – das ist nicht immer synonym, aber jedenfalls ist es ein wesentlicher Faktor – und auf der anderen Seite das politische Wollen, und beim politischen Wollen wiederum das Auseinanderklaffen der unterschiedlichen Interessen und das demokratische Zusammenführen, das auch manchmal nur ein formal demokratisches ist und kein inhaltlich demokratisches: Das alles zu erleben und die Kommunikation darüber, nämlich die Öffentlichkeitsarbeit, die auch nicht immer das Wahre widerspiegelt, das ist für mich wirklich, wie in einem Buch gelebt zu haben.

Interviewer: Ein gutes Buch!



Mag. Dr. Heide Schmidt: Mit unterschiedlichen Kapiteln.

Interviewer: So wie jedes spannende Buch. Sie haben die Volksanwaltschaft von Beginn an miterlebt, mit aufgebaut. Wie haben Sie die Einflussmöglichkeiten der Volksanwaltschaft erlebt, wo konnte sie ansetzen? Mehr auf der Verwaltungsebene oder in ihren Anregungen für die Gesetzgebung?

Mag. Dr. Heide Schmidt: In beidem. Und wie immer, auch das ist ein Erfahrungswert aus dieser beruflichen Tätigkeit, zu merken, wie sehr es von den handelnden Personen abhängt. Dass es nicht nur das geschriebene Wort ist, das man einsetzen kann, um etwas durchzusetzen, sondern dass es vor allem darauf ankommt, wer etwas in die Hand nimmt und wie er es in die Hand nimmt. Und da hatte ich wieder Glück, nämlich bei einem Volksanwalt zu beginnen, beim Volksanwalt Zeillinger², der ein unglaubliches Sensorium für die Dinge gehabt hat, und auch, wie man sie löst. Das Gesetz über die Volksanwaltschaft ist ja ein relativ dürres Gesetz gewesen und noch

2 | Gustav Zeillinger (1917–1997), beruflich als Rechtsanwalt tätig, gehörte von 1953 bis 1977 als Vertreter des VdU bzw. der FPÖ dem Nationalrat an, wo er insbesondere durch seine rhetorische Brillanz in Erscheinung trat. Als 1977 die Volksanwaltschaft geschaffen wurde, wurde er für sechs Jahre zum Volksanwalt gewählt und trug nicht zuletzt durch seine geschickte Nutzung der elektronischen Medien dazu bei, diese neue Institution nachhaltig zu etablieren.

dazu ein zeitlich befristetes. Aber noch während der ersten Periode der Volksanwaltschaft hat – und ich sage jetzt aus Überzeugung – er es geschafft – zwar mit den anderen beiden Volksanwälten, aber ich glaube, ohne ihn wäre das nie passiert –, dieses Gesetz zu einem Teilstück unserer Verfassung zu machen. Das heißt, es wurde nicht nur verlängert, sondern sogar in die Verfassung übernommen.³ Und dann mitzuerleben, wie er die Institution aufgebaut hat, von Kleinigkeiten bis zu Wesentlichkeiten ... wie ein Prüfungsverfahren überhaupt ausschauen kann, war nicht vorgegeben – mit welchem Ergebnis, mit welchen Möglichkeiten? –, das haben wir erarbeitet; im Prüfungsverfahren, das über den Minister mit dem Ministerium geführt wurde, den Begriff „Missstand“ zu definieren ... und die Konsequenzen eines solchen Missstandes, nämlich ihn aufzuheben, das war manchmal die konkrete Empfehlung an den Minister, an die Ministerin, oder aber – auch das haben wir entwickelt, weil es das Gesetz ursprünglich nicht vorgesehen hat – durch Berichterstattung an das Parlament, wo aber die Auswirkungen relativ beschränkt waren. Wenn nicht der Minister vorher schon einen Vorstoß gemacht hat, dann war es halt Material für die Opposition, um Missstände eben anzuprangern. Aber es ist schon etwas weitergegangen.

Ja, da war übrigens noch eine ganz wesentliche Erfahrung für mich dabei, und das war der Druck der Öffentlichkeit. Ich sage das mit realistischem Bedauern – um es einmal so auszudrücken. Denn auch das war eine Überlegung des Zeillinger: Wenn wir mit der Öffentlichkeit arbeiten, dann haben wir ein ganz anderes Machtinstrument zur Durchsetzung in der Hand. Und so wurde seinerzeit vom General[intendanten] Bacher⁴ mit

3 | Das Bundesgesetz über die Volksanwaltschaft, BGBl. Nr. 121/1977, richtete eine aus drei Volksanwälten bestehende Institution zur Kontrolle der öffentlichen Verwaltung ein. Nachdem sich die Volksanwaltschaft bewährt hatte, wurde ihre Rechtsgrundlage mit BGBl. Nr. 350/1981 in die Bundesverfassung übernommen.

4 | Gerd Bacher (1925–2015), zuvor Chefredakteur der Boulevardzeitungen „Bild-Telegraf“, „Bildtelegramm“ und „Express“, war von 1967 bis 1974, von 1978 bis 1986 sowie von 1990 bis 1994 Generalintendant des ORF. Insbesondere in seiner ersten Amtsperiode war er erfolgreich darum bemüht, den ORF vom Proporzsystem, nach welchem die politischen Parteien ÖVP und SPÖ die Spitzenfunktionen mit ihren Vertretern besetzt hatten, zu befreien und den Anspruch auf unabhängige Berichterstattung – nicht zuletzt auch aus dem Parlament – durchzusetzen.

dem Intendanten Kreuzer⁵ eine Sendung⁶ erfunden, die, wie ich gehört habe, bei einer Wanderung auf einem Berg entstanden ist – sie wollten eigentlich nur Zeillinger holen, weil das ein Medienmensch war. Zeillinger aber war klug genug zu sagen: „Ich alleine bin nicht die Volksanwaltschaft, entweder ihr bindet das ganze Amt, das heißt alle drei Volksanwälte, ein, oder ich mache es nicht.“ Und dann hatte er noch die zusätzliche Idee – er war eben Medienmensch –, zu sagen: Und das machen wir jeweils mit dem engsten Mitarbeiter – und ich war die einzige Frau als Mitarbeiterin –, also mit dem ... wir sagten damals „Sekretär“ dazu. Auch ich wurde in der männlichen Form Sekretär genannt, weil Sekretärin halt eine andere Funktion ist, und das ... hat dem Bacher gefallen (lacht). Man sieht da auch, wie manche Dinge entstehen und wie viele persönliche Zufälligkeiten auch eine Rolle spielen. Diese Sendung haben wir damals entwickelt, sie ist anders gewesen als die heutige Sendung, die eine Nachfolgesendung ist, sie war zu einer sehr prominenten Sendezeit, und wir haben erlebt, welche Kraft sie entwickelt hat auch in der Durchsetzungsfähigkeit unserer Wünsche den jeweiligen Ministern gegenüber. Ich habe schon damals mit Bedauern festgestellt, dass manchmal nur der öffentliche Druck etwas weiterbringt, aber es war eine Einsicht in eine Realität, die heute ja noch viel, viel zugespitzter stattfindet.

Interviewer: Ist der öffentliche Druck, wenn man das Aktivierungspotenzial der Siebziger- und Achtzigerjahre bedenkt, mit großen Bürgerbewegungen, die zu Volksabstimmungen und aufsehenerregenden, politisch relevanten Ereignissen wie Aubesetzung und Donaukraftwerksverhinderung geführt haben, ist dieses Aktivierungspotential der Öffentlichkeit dann nicht eher schwächer geworden, in Richtung auf das Heute?

5 | Franz Kreuzer (1929–2015) war Journalist und Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, des Zentralorgans der SPÖ, ehe er 1967 zum ORF wechselte. Dort war er zunächst als Chefredakteur des aktuellen Dienstes tätig, von 1974 bis 1978 als Fernsehintendant, später als Informationsintendant des Fernsehens. Bundeskanzler Fred Sinowatz berief ihn 1985 als Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz in die Bundesregierung. Dieses Amt übte er bis 1987 aus, danach war er als freier Journalist tätig.

6 | Die Sendereihe „Ein Fall für den Volksanwalt“ wurde vom ORF von 1979 bis 1991 ausgestrahlt und – nach einem Konflikt zwischen dem Moderator und dem Volksanwalt Herbert Kohlmaier – 1992 durch die Sendereihe „Konflikte“ abgelöst, die bis 2001 lief und auch Fälle der Volksanwaltschaft aufgriff. Von 2001 bis 2007 lief die Reihe „Volksanwalt – gleiches Recht für alle“, seit 2007 die Reihe „Bürgeranwalt“.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Das wage ich nicht zu beurteilen, das sollten Politikwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen beurteilen. Da bin ich mir nicht sicher, ob Sie da recht haben. – Es ist anders geworden. Und die Möglichkeiten sind heute so diversifiziert, dass sie sich eben auch unterschiedlich in einer anderen Bandbreite darstellen. Die Aubesetzung⁷, die ich für eine tolle Geschichte gehalten habe ... ich gestehe, ich war nicht dabei, aber ich habe das für eine tolle Geschichte der Zivilgesellschaft gehalten, ein ernst gemeintes Anliegen durchzusetzen. Und wenn ich sage „ein ernst gemeintes Anliegen“, dann sind wir eben schon in der Schwierigkeit der heutigen Zeit. Denn, das muss man ja zugeben, wenn die „Kronen Zeitung“ sich damals nicht draufgesetzt hätte und das aus mir nicht wirklich nachvollziehbaren Gründen zu ihrem Anliegen gemacht hätte, weiß man eh nicht, wie das Ganze ausgegangen wäre. Also insofern hat das schon damals mit Unterstützung eines Mediums, nämlich des wirksamsten Mediums, funktioniert.

Heute fürchte ich, dass so viele Reflexe, auch die Abwehrreflexe, von negativeren Emotionen getragen sind. Die Welt hat sich geändert, die Herausforderungen haben sich geändert, die Problemstellungen haben sich geändert, und es sind die sogenannten sozialen Medien dazugekommen. Sie können eine Art von Öffentlichkeitsbewegung in Gang setzen, die ich nicht für produktiv halte. Aus diesem Grunde fällt mir die Antwort schwer. Auf der einen Seite, wenn wir zurückdenken an das „Lichtermeer“

7 | Nach der politischen Bewegung gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf war der Kampf gegen die Errichtung des Donaukraftwerks Hainburg und die damit verbundene Zerstörung von Donauauen unterhalb Wiens der zweite österreichweit medial wirksame Schritt zur Formierung einer gesamtösterreichischen Ökologiebewegung. Nach Ende der behördlichen Genehmigungsverfahren begann die Österreichische Donaukraftwerke AG im Dezember 1984 bei Stopfenreuth mit den Rodungsarbeiten für den Kraftwerksbau, was zur Besetzung der Stopfenreuther Au durch Hunderte Aktivistinnen und Aktivisten und zur Einstellung der Rodungen führte. Unter dem Druck der Aubesetzung und von Demonstrationen in Wien stoppte die Bundesregierung am 21. Dezember 1984 die Rodungen. Die Besetzung dauerte bis Anfang Jänner 1985 an, als der Verwaltungsgerichtshof weitere Rodungen bis zum Abschluss des laufenden Beschwerdeverfahrens untersagte. Am 1. Juli 1986 schließlich hob der Verwaltungsgerichtshof den Wasserrechtsbescheid für die Kraftwerkerrichtung auf. In weiterer Folge wurde das Augebiet zu einem Teil des 1996 errichteten Nationalparks Donau-Auen.



im Jänner 1993⁸, das sich konkret gegen die Freiheitliche Partei und deren Ausländervolksbegehren⁹ gerichtet hat – ich war bedauerlicherweise damals noch dabei, aber das war ja für mich der letzte Anstoß, mich zu trennen –, dann sage ich nicht nur heute, sondern ich sagte auch damals dazu: Berechtigterweise hat dieses Vorha-

8 | Das „Lichtermeer“ am 23. Jänner 1993 war eine von der Nichtregierungsorganisation „SOS Mitmensch“ initiierte Demonstration in Wien und anderen österreichischen Städten gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz. Mit zwischen 200.000 und 300.000 Teilnehmern war die Kundgebung auf dem Wiener Heldenplatz die größte Demonstration in Österreich seit 1945.

9 | Das als „Ausländervolksbegehren“ bekannt gewordene Volksbegehren „Österreich zuerst“ wurde von der FPÖ unter Jörg Haider initiiert und lag vom 25. Jänner bis zum 1. Februar 1993 zur Unterzeichnung auf. Es richtete sich insbesondere gegen (illegale) Einwanderung. Unterstützt wurde es von 416.531 Menschen.

ben zu einer solchen Bewegung geführt. Das war zwar ein beachtliches öffentliches Zeichen für eine Haltung, aber nachhaltig bewirkt, wenn wir uns ehrlich sind, hat es nicht wirklich etwas. Die Ausländergesetzgebung, wenn wir schon dieses hässliche Wort verwenden wollen, hat sich in weiterer Folge zunehmend verschärft, und viele der damaligen freiheitlichen Forderungen sind einfach übernommen worden – wenn Sie so wollen, mit einem anderen Zungenschlag, aber im Ergebnis sehr wohl. Und daher sind für mich der Respekt und die Freude darüber, dass sich so viele Menschen zusammengefunden haben und gesagt haben: „Das ist nicht die Richtung, die wir für unser Land wollen!“, die eine Seite, aber ich kann die Freude nicht wirklich ausleben, weil ich sehe, dass das Ergebnis ein so anderes geworden ist.

Und jetzt geht es weiter, wenn ich an eine andere Veranstaltung denke, die ich nicht unmittelbar vergleichen möchte, aber sie hat eben auch am Heldenplatz stattgefunden, und das war jetzt im Sommer im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung. Da war ich dabei, und es war unglaublich, dieses Menschenmeer zu sehen, und sich auch anzuschauen, welche Altersstruktur ist hier vertreten und welcher Typus, soweit man sich das erlauben darf einzuschätzen vom Äußeren her: Welche Menschen sind das? Das war hocheifrig, zu sehen, dass man hier ein Zeichen setzen will, aber: Was hat es letztlich gebracht? – Was nichts daran ändert, dass solche Zeichen trotzdem notwendig sind, dass es wichtig ist, einander den Rücken zu stärken und zu sagen: So, wir nehmen nicht alles hin, wir sind auf der Seite der Schwächeren. Ich will das keinesfalls kleinreden, aber überschätzen darf man die Wirkung auch nicht.

Ich rede jetzt schon viel zu lange, aber um die Antwort zu geben auf Ihre Frage; Ihre Frage war ja eigentlich, ob die Mobilisierungsmöglichkeit geringer geworden ist.

Das alles sage ich jetzt, weil ich mich an meine Antwort herantaste: Ich glaube nicht, dass sie geringer, sondern ich glaube, dass sie größer geworden ist – und das ist kein Urteil über die Wirksamkeit.

Interviewer: Woran mag die unzureichende Wirksamkeit liegen? An den mangelnden organisatorischen Verfestigungen? Die Bürgerbewegungen der frühen Achtzigerjahre

haben sich letztlich in der Grünen Partei organisatorisch verfestigt, institutionalisiert. Woran mag es liegen, dass es heute nicht zu einer solchen Verfestigung kommt?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Offenbar ist der gemeinsame Nenner nicht breit genug. Denn für bestimmte politische Vorhaben beziehungsweise gegen bestimmte politische Vorhaben werden Sie viele Menschen aus den unterschiedlichsten Parteien finden, die dagegen auftreten. Wenn ich jetzt zum Beispiel – weil es ein aktuelles Thema ist – den mir unerträglichen Stacheldrahtzaun an Österreichs Grenzen anschau, da würden Sie – ich sage „würden“, weil es findet ja nicht statt, aber offensichtlich deswegen, weil man sieht, dass es keinen Sinn mehr hat –, glaube ich, aus allen Parteien, ich weiß nicht, ob es einzelne in der FPÖ sogar gäbe, das kann ich nicht beurteilen, aber jedenfalls aus allen anderen Parteien, Menschen gewinnen können, die ein klares Nein sagen – aber offenbar eine Minderheit in den meisten Parteien. Das kann also nicht ausreichen, weil sie darüber hinaus ein anderes politisches Wollen haben, das kann also nicht ausreichen, um sie als eine Einheit zu verfestigen. Die verfestigten Einheiten sind letztlich die politischen Parteien. Ich glaube, dass wir da mit den derzeit fünf, die im Parlament vertreten sind, das Reservoir ziemlich ausgeschöpft haben. Da sind auf der einen Seite die Sozialdemokraten, da sind die Konservativen, da sind – ich sage es jetzt in der Reihe der Größenordnung – die Freiheitlichen, die Grünen und die Liberalen.

Und bei den Liberalen haben wir immer schon, in Österreich erst recht, aber auch in anderen Ländern, das Problem gehabt, die feste gemeinsame Basis von gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Liberalismus zu kommunizieren, weil das eine als links und das andere als rechts empfunden wird. Selbst in Deutschland, wo die liberale Partei jahrzehntelang, also bis zur vorletzten Wahl eben, ein Teil der Regierung war, selbst dort ist es letztlich dann schiefgegangen. Natürlich liegt es vornehmlich an der Art, Politik zu machen, und wie es die Liberalen in Deutschland jedenfalls am Schluss gemacht haben, da wundert es mich, ehrlich gestanden, nicht, dass es nicht mehr gereicht hat. Aber das Welt- und Gesellschaftsbild von Liberalen, das von vielen so empfunden wird, als würde man sich sozusagen von rechts und links jeweils etwas nehmen, das als ein eigenständiges, zusammengehöriges Konzept zu betrachten, ist offenbar schwer zu kommunizieren.

Für mehr als diese fünf Parteien ist, glaube ich, kein Platz, außer in irgendwelchen, sage ich jetzt einmal, Zeitfenstern, wie es für ein Team Stronach¹⁰ war, von dem ich glaube, das wird es bald nicht mehr geben, oder für ein BZÖ¹¹, von dem ich glaube, das wird es bald nicht mehr geben – das gibt es eh schon nicht mehr, glaube ich.

Interviewer: Theoretisch schon noch – aber nur theoretisch.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Wie auch immer. Ich glaube, dass das grobe Raster von Vorstellungen einer Gesellschaft – das ist jedenfalls mein Anspruch an eine politische Partei, dass sie eine solche hat und sich nicht nur auf einen Aspekt reduziert –, ausgereizt ist und dass daher mehr als fünf Parteien für mich nicht wirklich vorstellbar sind.

Wie schwierig es ist, dieses Gesamtbild zu erarbeiten, hat man nicht nur bei den Liberalen gesehen, wobei ich glaube, zumindest programmatisch haben wir es relativ schnell zusammengebracht. Die Wählerschaft haben wir halt nicht nachhaltig erreicht, ich hoffe, es geht jetzt wieder – aber man wird sehen. Aber wie schwierig das ist, hat man auch bei den Grünen gesehen. Die Grünen haben einen langen programmatischen Prozess gehabt, weil eben ein Fokus, nämlich Umweltbewusstsein, ihnen – zu Recht, meiner Meinung nach – auch nicht ausgereicht hat. Sie hatten die konserva-

10 | Das „Team Stronach“ wurde als politische Partei im September 2012 von dem Industriellen Frank Stronach gegründet. Nach Übertritt von fünf Abgeordneten erlangte es bereits wenige Wochen später Klubstatus im Nationalrat. Bei der Nationalratswahl 2013 erreichte es 5,7 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen und 11 Mandate im Nationalrat, nach Austritt der meisten Klubmitglieder verlor es jedoch im August 2017 seinen Klubstatus. Bei der Nationalratswahl 2017 kandidierte das „Team Stronach“ nicht mehr und wurde mit Jahresende 2017 aufgelöst.

11 | Der ehemalige Bundesparteiobmann der FPÖ Jörg Haider überraschte im April 2005 durch Gründung einer neuen politischen Partei unter dem Namen „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ), mit welcher die bestehende Regierungskoalition mit der ÖVP fortgeführt wurde. Im Nationalrat bestand der Freiheitliche Parlamentsklub weiter, der Großteil seiner Mitglieder aber bekannte sich nun zu der neuen politischen Partei. Bei der Nationalratswahl 2006 gelang dem BZÖ mit 4,1 Prozent der Stimmen nur knapp der Einzug in den Nationalrat. Bei der vorgezogenen Nationalratswahl 2008 erhielt das BZÖ 10,7 Prozent der Stimmen. Nach dem Unfalltod Jörg Haiders versuchte das BZÖ eine Neupositionierung mit wirtschaftsliberalen Positionen, scheiterte aber bei der Nationalratswahl 2013 an der 4-Prozent-Hürde. Mittlerweile besteht es nur mehr als Kleinpartei in Kärnten.



tiven Grünen und die linken Grünen. Es hat sie zwar ihre Vorstellung von Umweltpolitik geeint, aber ansonsten waren sie weit auseinander. Also das war schwierig genug, das zusammenzuführen, und es wird auch immer wieder Bruchstellen geben, aber das gibt es wohl in jeder Partei.

So, das war also meine lange Antwort auf die Frage, was überhaupt möglich ist. Es kann sein, dass es kurzfristig sogar mehr Parteien in einem österreichischen Parlament gibt, aber langfristig glaube ich das nicht.

Interviewer: Zurück zu der parlamentarischen Laufbahn, die Sie durchlaufen haben, falls das jetzt keine Tautologie ist: Sie sind im Jahr 1990 aus dem Bundesrat in den Nationalrat gewechselt. Wie ist es dazu gekommen?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Also in den Bundesrat bin ich ja gekommen, ohne an einer wählbaren Stelle zu kandidieren. Es war damals mehr oder weniger eine Solidaritätsadresse an die Freiheitliche Partei von mir, denn ich hatte eine bestimmte Bekanntheit durch meine Tätigkeit in der Volksanwaltschaft, habe daher an irgendeiner Stelle kandidiert. Dann haben aber die Freiheitlichen so viel dazugewonnen in Wien, dass sie jemanden für den Bundesrat nominieren konnten. Da wird man ja nicht direkt gewählt, sondern da wird man vorgeschlagen im Landtag, und die haben mich vorge-

schlagen: Damit war ich im Bundesrat. Da habe ich mir dann schon gedacht, dass das eine Aufgabe ist, politisch tätig zu sein, die mir Freude macht, und habe aus diesem Grund dann für die Nationalratswahl an einer wählbareren Stelle, ich weiß gar nicht, welcher Platz das war, aber jedenfalls an einer wählbareren Stelle kandidiert, mit dem Ergebnis, dass ich in den Nationalrat kam.

Und dann ist etwas passiert, was, ich glaube, damals zum ersten Mal passiert ist – ob es inzwischen Schule gemacht hat, weiß ich nicht –, denn diejenige, die zum ersten Mal in den Nationalrat kommt, gleich vorzuschlagen für eine Führungsaufgabe, nämlich für das Parlamentspräsidium, ist eigentlich ein Risiko, um das offen auszusprechen. Die Freiheitlichen haben das aber mit mir getan, und das hat wohl ganz simple Gründe gehabt: Einerseits: Ich war bekannt, das macht sich immer gut. Zweitens: Ich war auch als eine Liberale, wenn auch der FPÖ zugehörig, sagen wir jetzt einmal: respektiert, und daher hatte man das Gefühl, ich sei für die anderen Parteien zumutbar und wählbar. Und außerdem: Durch meine berufliche Vorgeschichte hat man es mir auch zugetraut, dass ich in der Lage wäre, diese Aufgabe zu erfüllen. Das waren sicher Argumente – welche Argumente der Haider¹² sonst noch im Hinterkopf gehabt hat,

12 | Jörg Haider (1950–2008) begann seine politische Karriere in der FPÖ als Vorsitzender des Rings Freiheitlicher Jugend und zog 1979 als jüngster Abgeordneter in den Nationalrat ein, dem er zunächst bis 1983 und in weiterer Folge von 1986 bis 1989 sowie von 1992 bis 1999 angehörte; in den beiden letztgenannten Perioden war er auch Klubobmann der FPÖ. Von 1983 bis 1986 war er Mitglied der Kärntner Landesregierung. Auf dem Innsbrucker Parteitag der FPÖ löste er 1986 Norbert Steger im Bundespartei-vorsitz ab, woraufhin Bundeskanzler Franz Vranitzky die Koalition mit der FPÖ beendete. Die folgenden Nationalratswahlen brachten jeweils Stimmengewinne für die FPÖ, was vor allem auf die „populistische“ Politik Jörg Haiders zurückgeführt wurde. 1989 wechselte er als Landeshauptmann nach Kärnten, verlor dieses Amt jedoch 1991 nach einer umstrittenen Äußerung im Landtag aufgrund eines Misstrauensvotums. 1999 wurde er neuerlich zum Landeshauptmann gewählt und bekleidete dieses Amt bis zu seinem Tod. Nach der Nationalratswahl 1999 verhandelte er mit Wolfgang Schüssel eine Regierungskoalition auf Bundesebene, überließ das Amt der Vizekanzlerin und den Parteivorsitz jedoch Susanne Riess-Passer. Seine von Kärnten aus geübte Kritik an der Bundesregierung führte zu einer außerordentlichen FPÖ-Delegiertenversammlung in Knittelfeld und zum Rücktritt Riess-Passers. Nachdem bei der vorzeitigen Nationalratswahl 2002 die FPÖ starke Stimmenverluste erlitten hatte, wurde die Koalition mit der ÖVP zwar erneuert, 2005 gründete Haider aber eine neue Partei unter der Bezeichnung „Bündnis Zukunft Österreich“, welche die Regierungszusammenarbeit fortsetzte, und spaltete damit die FPÖ. Sein Tod bei einem Verkehrsunfall am 11. Oktober 2008 beendete eine wechselvolle und umstrittene politische Karriere.



Das Nationalratspräsidium Heide Schmidt (1. v. li.), Robert Lichal (3. v. li.) und Heinz Fischer (5. v. li) mit Mitgliedern des Präsidiums des Deutschen Bundestages (v. li.): Vizepräsident Helmuth Becker, Präsidentin Rita Süssmuth und Vizepräsident Hans Klein (1992)



Robert Lichal und Heide Schmidt nach ihrer Wahl zur Dritten Nationalratspräsidentin (1990)



Portraitfoto von Heide Schmidt

weiß ich nicht, will ich eigentlich auch gar nicht wissen –, und so hat es funktioniert, und so bin ich neu in den Nationalrat gewählt worden und dann gleich ins Präsidium.

Wie gesagt, das würde ich doch eher für eine Ausnahme halten, und berechtigterweise für eine Ausnahme, denn wenn man da oben sitzt am Präsidium, hat man zwar natürlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einem zur Seite stehen, aber man weiß nie, welche Situation da auftritt, und für eine solche Situation sollte man auch ein bisschen erfahrungsmäßig gerüstet sein. Ich halte diese Aufgabe für eine wichtige, und es ist oft so bei wichtigen Aufgaben, dass man deren Wichtigkeit erst erkennt, wenn sie nicht funktionieren. Für Außenstehende macht es den Eindruck, als würde da nur das Wort weitergegeben werden und würden irgendwelche Ordnungsrufe, ob sinnvoll oder nicht, ausgeteilt werden, also eine eher formale, banale Geschichte, aber es ist schon mehr. Und wie gesagt, das gilt für mehrere Funktionen in einem Rechtsstaat: Erst wenn sie schlecht gehandhabt werden oder versagen, merkt man, wie wichtig sie waren, und daher sollte man auch bei der Besetzung solcher Funktionen immer ein Anforderungsprofil im Hinterkopf haben, das vielleicht manchen übertrieben scheint, aber das der eigentlichen Aufgabe gerecht wird. Und ich hoffe, ich habe es zusammengebracht.

Interviewer: Welche Reaktionen haben Sie erfahren, zunächst auf Ihre Wahl zur Dritten Präsidentin und dann auf Ihre Amtsführung? Von Ihren Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen einerseits und der Öffentlichkeit andererseits?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Also von der Öffentlichkeit war das eine sehr positive Reaktion, es hat den sozialen Stellenwert erhöht. Alleine der Begriff „Präsidentin“ hat ja eine Ausstrahlung. Das kann man zwar von vielen Vereinen sein, aber vom Parlament, das ist schon etwas, auch wenn man das Parlament nicht so ernst nimmt – sage ich jetzt für manche in der Bevölkerung. Auch für die journalistische Öffentlichkeit hatte das einen besonderen Stellenwert, immerhin ist der Nationalratspräsident der zweite Mann im Staat.

Innerhalb des Parlaments habe ich mich eigentlich sowohl von – vier Parteien waren es damals – SPÖ, ÖVP und Grünen respektiert gesehen; die Freiheitlichen haben oft wirkliche Schwierigkeiten gemacht. Denn als Präsidentin oder Präsident dürfte man nicht Angriffspunkt sein für irgendwelche Zwischenrufe oder für irgendwelche ... das Wort „diffamierend“ ist ein großes Wort, aber mir fällt jetzt keine leichtere Wortwahl ein, aber für das nicht Ernstnehmen oder für das Kritisieren und so weiter ... Das ist wie bei einem Fußballspiel: Der Schiedsrichter ist der Schiedsrichter! Und selbst wenn er eine falsche Entscheidung trifft, ist er der Schiedsrichter. Und das ganze Werk funktioniert nur, wenn man das akzeptiert und wenn das respektiert wird. Das ist ein Demokratieempfinden, das man haben muss. Dieses Demokratieempfinden ist bei den Freiheitlichen nicht sehr ausgeprägt – damals nicht und heute nicht –, sage ich jetzt einfach, aus Erfahrung und aus Beobachtung, und das habe ich auch zu spüren bekommen. Das war nicht angenehm, aber es war zu bewältigen.

Interviewer: Sie haben das bereits in jener Zeit gespürt, als Sie der Freiheitlichen Partei noch angehört haben?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Das mangelnde Demokratiebewusstsein? – Ja! Das war mit ein Grund, warum ich mich immer mehr entfernt habe. Ich erinnere mich an einen Ausspruch von einem jungen Abgeordneten aus der Freiheitlichen Partei, der zu mir gesagt hat: „Heidi, tu dir nix an: Erst einmal müssen wir stark werden, und dann kümmern wir uns um die Demokratie!“ Und das hat der ernst gemeint, und das hat der mit einer jugendlichen Naivität subjektiv redlich gemeint. Ich weiß noch, wo wir gestanden sind, als er mir das gesagt hat, und ich will den Namen gar nicht nennen, man kennt ihn durchaus, und ich habe ihm damals gesagt: „Du, so funktioniert es nicht: mit undemokratischen Mitteln stärker zu werden, um nachher demokratisch ... vergiss es! Das ist dann die DNA und die Kultur, die du nicht nur in deinen eigenen Reihen einführst, sondern die du ausstrahlst. So geht es nicht.“ Und das war für mich schon spürbar, wenn auch nicht durchgängig ... da gibt es viel zu erzählen. Aber meine Zweifel an der Demokratiefestigkeit dieser Partei sind gestiegen bis zu jenem Punkt, wo ich gefunden habe: Jetzt reicht's!

Interviewer: Damit sind wir eigentlich schon bei einem Wendepunkt, nicht nur Ihrer parlamentarischen und politischen Laufbahn, sondern durchaus auch der österreichischen Zeitgeschichte angelangt: dem Zeitpunkt, als Sie mit vier Abgeordnetenkollegen und -kolleginnen aus dem Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs ausgetreten sind und einen eigenen, zunächst, Parlamentsklub, später dann auch eine politische Partei, das Liberale Forum, gegründet haben. Ein Interview mit Ihnen kann nicht ohne eine Frage nach diesem Wendepunkt ablaufen, daher darf ich Sie um Ihre Schilderung der Vorgeschichte und des Verlaufs bitten.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Das war natürlich nicht nur subjektiv für viele Menschen, und vor allem für mich, ein einschneidendes Erlebnis, sondern das war, glaube ich, auch demokratiepolitisch ein einschneidendes Erlebnis. Denn das war zum ersten Mal – glaube ich zumindest, recht zu haben –, dass sich während einer Legislaturperiode Menschen von einer Partei nicht nur verabschiedet haben, sondern eben einen eigenen Klub gegründet haben.¹³ Und ich gebe zu, dass die Problematik, die dann nachher zur öffentlichen Diskussion geworden ist, nämlich ob das überhaupt geht, von mir als Problematik nicht erkannt wurde. Denn ich habe die Geschäftsordnung, natürlich mit Nachdenken, aber dann mit einer ziemlichen Sicherheit so interpretiert, dass, wenn dieses Spannungsverhältnis: freies Mandat einerseits und Fraktion andererseits, auf Konfrontation geht, natürlich die Entscheidung für das freie Mandat ausgehen muss.

13 | § 7 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 in der 1993 geltenden Fassung räumte zumindest fünf Abgeordneten derselben wahlwerbenden Partei das Recht ein, sich in einem Klub zusammenzuschließen. Von dieser Regelung machte Heide Schmidt gemeinsam mit vier weiteren bisherigen Mitgliedern des FPÖ-Parlamentsklubs Gebrauch, um im Februar 1993 den neuen Parlamentsklub des „Liberalen Forums“ zu bilden. Der Präsident des Nationalrates Heinz Fischer ließ nach Einholung von Rechtsgutachten diese Klubbildung als rechtmäßig zu. Dagegen protestierte der Partei- und Klubobmann der FPÖ Jörg Haider mit dem Argument, dass die Formulierung „in einem Klub“ in der entsprechenden Geschäftsordnungsbestimmung nicht im Sinne eines unbestimmten Artikels, sondern im Sinne eines Zahlwortes zu interpretieren wäre. 2013 ist der § 7 des Geschäftsordnungsgesetzes dahin gehend geändert worden, dass eine Klubbildung nur innerhalb eines Zeitraumes von einem Monat ab der Konstituierung des Nationalrates zulässig ist.

Das ist mein Staatsverständnis, das ist mein Parlamentsverständnis: Ich habe an dem nicht gezweifelt. Und ich habe das damals vor allem mit dem Friedhelm Frischenschlager¹⁴, der ja Verfassungsrechtler ist, besprochen, und wir waren uns eigentlich einig. Also dass man das problematisieren könnte und sagen: „Na, eigentlich geht das nicht, wenn das so spät in der Legislaturperiode geschieht.“ ... Ich gestehe, das habe ich nicht als ein solches Risiko gesehen.

Und würden Sie mich jetzt fragen – und ich beantworte die Frage, ohne dass sie gestellt ist –: „Hätten Sie es trotzdem gemacht?“, dann sage ich: „Selbstverständlich hätte ich es trotzdem gemacht!“ Denn dann hätten wir halt zu fünft – und wir waren bewusst fünf, um einen Klub bilden zu können – als „wilde Abgeordnete“¹⁵ agieren müssen. Also wir hätten es mit Sicherheit trotzdem gemacht – ich jedenfalls, ich gehe davon aus, die anderen auch –, aber dass wir fünf waren, war der Geschäftsordnung geschuldet. Und ich gebe zu, ich bin auf wenige Sachen stolz, weil ich denke, es ergibt sich so vieles im Leben, und man macht es entweder richtig oder falsch, und wenn man es richtig macht, hat man Glück gehabt. Und das Wort „stolz“ ist bei mir ... da weiß ich nie, wie ich das einsetzen soll, aber hier kommt es ein bisschen, denn dass ich das strategisch hingekriegt habe (lacht), dass das wirklich vorher niemand gewusst hat, vor allem auch nicht der Herr Haider und Konsorten, das wundert mich bis heute. Und das sage ich deswegen ein bisschen stolz, weil ich habe es wirklich strategisch angelegt, und das ist sonst nicht meine Stärke.

14 | Friedhelm Frischenschlager (*1943) zog nach hochschul- und kommunalpolitischer Tätigkeit 1977 für die FPÖ in den Nationalrat ein, dem er zunächst bis 1983 und in weiterer Folge von 1986 bis 1996 angehörte. In der von SPÖ und FPÖ gebildeten Bundesregierung unter Fred Sinowatz war er von 1983 bis 1986 Bundesminister für Landesverteidigung. 1986 war er Klubobmann des FPÖ-Parlamentsklubs. Mit Heide Schmidt gemeinsam gründete er 1993 das Liberale Forum und fungierte von 1993 bis 1994 als dessen Klubobmann, von 1994 bis 1996 als geschäftsführender Klubobmann. Von 1996 bis 1999 gehörte er dem Europäischen Parlament an.

15 | Als „wilde Abgeordnete“ werden im parlamentarischen Sprachgebrauch in Österreich schon seit der Zeit der Monarchie Abgeordnete ohne Klubzugehörigkeit bezeichnet.

Ich habe Politik – „bedauerlicherweise“ sage ich heute – nie sehr strategisch angelegt, sondern mein Politikverständnis war immer ein sehr – wie soll ich sagen? –, ich möchte fast sagen: naiv-idealistisches, und ich habe es bis heute, daher habe ich die Strategie immer gerne anderen überlassen, dann hat man zwar mitgeredet und mitentschieden, aber ich habe sie nicht selbst entwickelt. In diesem Fall aber habe ich sie selbst entwickelt, indem ich nachgedacht habe: Wer könnten die anderen vier sein, die ich anspreche, damit wir ein Klub sein können, und in welcher Reihenfolge spreche ich sie an, um Sicherheiten zu haben?

Und zugleich habe ich jeden, jede – die Klara Motter¹⁶ war die Letzte, die ich angesprochen habe – verpflichtet, nicht darüber zu reden; und es wusste keiner von den anderen. Der Friedhelm Frischenschlager hat es dann als Erster erfahren, wer die anderen sind, aber den anderen habe ich es nicht gesagt, und zwar nicht aus Misstrauen, dass sie das missbrauchen könnten, sondern aus meinem Sicherheitsgefühl heraus: Das darf keiner wissen.

Und die Klara – damit das nicht diskriminierend klingt – habe ich ehrlich gesagt deswegen als Letzte angesprochen, weil ich mir bei ihr am sichersten war, dass sie Ja sagen würde. Und bei den anderen, Friedhelm Frischenschlager war der Erste, das war mir wichtig, einen Profi dieser Art zu haben ... und auch so, mit seinen Positionen ... mit einem Wort: Es war eine strategische Leistung, wie ich glaube, dass wir das zusammengebracht haben, und den Herrn Haider habe ich dann am Tag unserer Pressekonferenz erst informiert. Das mögen manche als nicht fair empfinden, aber es war die einzige Möglichkeit, das überhaupt zusammenzubringen.

Interviewer: Nach Ihrer Pressekonferenz haben Sie die Klubbildung beim Präsidium des Nationalrates angemeldet, wie war der weitere Verlauf?

16 | Klara Motter (*1935) war für die FPÖ von 1976 bis 1979 Abgeordnete zum Vorarlberger Landtag und wurde 1986 in den Nationalrat gewählt, dem sie bis 1999 angehörte. Von 1982 bis 1992 war sie Bundesparteiobmann-Stellvertreterin der FPÖ. Gemeinsam mit Heide Schmidt trat sie 1993 aus der FPÖ aus, um Gründungsmitglied des Liberalen Forums zu werden.



Besuch des Dalai Lama in Wien (1991), Gruppenbild vor dem Hotel Palais Schwarzenberg (v. li.)
Bundesratsvizepräsident Walter Strutzenberger, Parlamentsmitarbeiter Sigurd Bauer, Bundesratspräsident Franz Pomper, der Dalai Lama, Nationalratsabgeordneter Friedhelm Frischenschlager, Zweiter Nationalratspräsident Robert Lichal, Parlamentsmitarbeiter Gottfried Michalitsch, Dritte Nationalratspräsidentin Heide Schmidt

Mag. Dr. Heide Schmidt: Der weitere Verlauf war so, dass ... puh, ich glaube, mir relativ bald der Heinz Fischer¹⁷ einen Brief zurückgeschrieben hat, dass er die Mittel ... denn das ist ja so, da geht es ja nicht um Anerkennung im klassischen Sinn, sondern die Reaktion des jeweiligen Präsidenten muss die sein, die Budgetmittel anweisen zu lassen an die Fraktion¹⁸, also alles auszulösen, was dann erst das Geld in Gang setzt. Und dann kommt die Zuordnung zu Ausschüssen und die Verhandlung darüber, in wie vielen Ausschüssen man sitzt und so weiter; in dieser Reihenfolge, habe ich in Erinnerung, geht das. Und die erste Reaktion des Umfeldes, das waren damals, entsinne ich mich, der Heinrich Neisser¹⁹

17 | Heinz Fischer (*1938) trat 1962 als Jurist in den Dienst des SPÖ-Parlamentsklubs und war von 1964 bis 1975 Klubsekretär. Von 1971 bis 1983 und von 1987 bis 2004 gehörte er als Abgeordneter dem Nationalrat an. Von 1975 bis 1983 war er geschäftsführender Klubobmann, von 1987 bis 1990 Klubobmann des SPÖ-Parlamentsklubs. Von 1983 bis 1987 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung. Von 1990 bis 2002 war er Präsident, von 2002 bis 2004 Zweiter Präsident des Nationalrates. 2004 wurde er zum Bundespräsidenten gewählt, und er bekleidete dieses Amt nach seiner Wiederwahl im Jahr 2010 bis 2016.

18 | Der Präsident des Nationalrates ist für die Vollziehung des Klubfinanzierungsgesetzes verantwortlich. Das 1963 erstmals beschlossene Bundesgesetz, mit dem die Tätigkeit der Klubs der wahlwerbenden Parteien im Nationalrat erleichtert wird, wurde 1967 abgeändert und ergänzt, insbesondere im Hinblick auf Zuwendungen für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit. Mit dem Klubfinanzierungsgesetz, wie es seit der Wiederverlautbarung 1985 kurz benannt ist, sollte es den Parlamentsklubs ermöglicht werden, ihren Mitgliedern verbesserte Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Freilich sollte es noch bis in die 1990er-Jahre dauern, ehe die Abgeordneten im internationalen Vergleich zufriedenstellende Arbeitsmöglichkeiten im Parlament vorfanden.

19 | Heinrich Neisser (1936–2025) war als Jurist seit 1966 Berater des Bundeskanzlers Josef Klaus und Beamter im Bundeskanzleramt, 1969 bis 1970 kurz Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Als Leiter einer Stabsabteilung der Vereinigung der Österreichischen Industrie wurde er 1975 in den Nationalrat entsandt, dem er bis 1987 und in weiterer Folge von 1989 bis 1999 angehörte. Zwischenzeitlich war er von 1987 bis 1989 Bundesminister (für Föderalismus und Verwaltungsreform) im Bundeskanzleramt. Von 1990 bis 1994 stand er als Klubobmann dem ÖVP-Parlamentsklub vor, von 1994 bis 1999 bekleidete er das Amt des Zweiten Präsidenten des Nationalrates. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik wandte er sich, nachdem er bereits 1989 Honorarprofessor an der Universität Wien geworden war, ganz der akademischen Lehre zu und bekleidete den Jean-Monnet-Lehrstuhl am Institut für Politikwissenschaften der Universität Innsbruck. Er verstarb im August 2025.

und der Andreas Wabl²⁰, die das beide in der Präsidiale²¹ positiv bewertet haben, beide kein Problem darin gesehen haben, dass es einen Klub geben würde ... Also die ersten Reaktionen, habe ich in Erinnerung, waren alle einschlägig: Ja, das läuft jetzt seinen Weg.

Aber es hat nicht lange gedauert – aber wie lange, kann ich jetzt nicht sagen, das lässt sich aber sicher nachlesen –, da hat erstens einmal die freiheitliche Fraktion Einspruch erhoben und hat gesagt: „Des geht net, dass man da jetzt eine neue Fraktion bildet!“, und dann haben sich auch sehr schnell sowohl die ÖVP als auch die Grünen öffentlich geäußert, dass das eigentlich durchaus keine so, um es wienerisch zu sagen, „g'machte Wiesn“ ist. Und dann hat der Heinz Fischer wieder eine Präsidiale einberufen, das war eigentlich das Unmittelbarste darauf, und da waren diese öffentlichen Äußerungen auch schon bekannt und innerhalb der Präsidiale wurden sie wiederholt, und daraufhin hat er gesagt: „Okay, dann holen wir Gutachten ein.“ Und dann haben wir, meiner Erinnerung nach, sieben Gutachten eingeholt, ich bin nicht ganz sicher, wobei: Die Freiheitlichen haben zwei Gutachter bestimmt, der eine war der Prof. Winkler²² und der zweite war der Herr Haller²³, der wiederum hat aber kein wirkliches Gutachten, sondern eine gutachtliche Äußerung abgegeben – ich hoffe, dass meine Erinnerung stimmt –, und die anderen waren ... ein Innsbrucker ... also, es waren Verfassungsrechtler, denen man nicht irgendeine Nähe zuschreiben konnte, ich gestehe, den beiden Freiheitlichen konnte man eine Nähe zuschreiben, vielleicht wird man anderen auch irgendeine politische Nähe zuschreiben, es ist ja alles immer sehr

20 | Andreas Wabl (*1951) gehörte dem Nationalrat von 1986 bis 1999 an und war von 1988 bis 1990 Klubobmann der Grünen.

21 | Der Präsidialkonferenz des Nationalrates gehören gemäß § 8 des Geschäftsordnungsgesetzes die Präsidenten und die Obmänner der Klubs an. Sie ist ein beratendes Organ, das als eine Art Lenkungsausschuss in der Gestaltung des parlamentarischen Verfahrens fungiert und beispielsweise Vorschläge zur Durchführung der Arbeitspläne und zur Festlegung der Tagesordnungen und der Sitzungszeiten des Nationalrates erstattet.

22 | Günther Winkler (1929–2024) war von 1961 bis 1997 Professor für Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht und Allgemeine Staats- und Rechtslehre an der Universität Wien.

23 | Herbert Haller (1940–2021) war von 1985 bis 2005 Universitätsprofessor für Öffentliches Recht an der Wirtschaftsuniversität Wien und von 2003 bis 2010 Mitglied des Verfassungsgerichtshofes.

subjektiv, wie wir wissen, es waren jedenfalls alles Verfassungsrechtler, und eine klare Mehrheit – bis auf Winkler und Haller – hat eine Klubbildung für rechtens gehalten. Und daraufhin hat dann Fischer den Brief geschrieben, wo ... ich weiß nicht, ob er ihn vorher geschrieben hatte und dann wieder zurückgenommen, das, ehrlich gesagt, weiß ich nicht mehr, aber das würde nicht zu ihm passen, weil: erst die Sicherheit und dann die Entscheidung! Und dann kam der Brief, dass er das in die Wege leitet und wir daher den Klub bilden können. Das hat daher eine Zeit gedauert. Ich war eigentlich – immer noch – ganz sicher, dass es in unserem Sinne ausgehen würde, ich zweifle auch heute nicht daran, dass das die richtige Entscheidung war, und zwar die richtige Entscheidung aufgrund der Verfassungslage und der Geschäftsordnung des Parlaments.

Es war für mich bezeichnend, dass die Erstreaktionen sowohl vom Verfassungsrechtler Neisser als auch von den Grünen einschlägig positiv waren, die haben sich erst dann geändert, als sich in die politische Überlegung der Konkurrenzgedanke gemischt hat. Aber ich glaube, das war eine wichtige Diskussion für das Parlament, weil wir ja wirklich eine Besonderheit haben, obwohl mir die anderen Rechtsordnungen nicht geläufig genug sind, um einen Vergleich zu machen, aber in der österreichischen ist es wirklich ein Spannungsverhältnis zwischen freiem Mandat und Listenwahlrecht. Natürlich kann man sagen: Du bist nur gewählt, weil du auf dieser Liste kandidiert hast, alleine hättest du keine Chance gehabt! Ich war überheblich genug, zu sagen: Auf mich trifft das nicht zu, weil ich war immerhin für den Wahlkreis[verband] Ost Spitzenkandidatin; aber natürlich kann man diese Bedeutung auch infrage stellen, denn der österreichweite Spitzenkandidat war Haider – ist ja auch völlig egal. Aber wir haben das ja sehr oft, dieses Thema, auf der einen Seite Fraktion und auf der anderen Seite freies Mandat, und wir kennen den Begriff des Klubzwangs, der sich in der öffentlichen Debatte gebildet hat, und wir wissen auch, wie er funktioniert. Mir ist es immer wieder ein Anliegen, den Menschen zu sagen, dass diese Sache vielschichtig ist. Dass es aufgrund des Listenwahlrechts einen Sinn hat, ein relativ einheitliches Bild einer Fraktion für die Öffentlichkeit zu geben, um zu wissen, wofür die stehen. Aber du darfst niemanden dazu nötigen, gegen seine Überzeugung zu stimmen. Das ist bei aller Solidarität zur eigenen Fraktion die Linie, die man als Demokrat und



Besuch der Schweizer Nationalratspräsidentin
Gret Haller in Wien (1992), (v. li.)
Gret Haller, Heinz Fischer und Heide Schmidt

Demokratin nicht überschreiten darf. Wir wissen, dass das trotzdem immer wieder stattfindet, bei der einen Partei mehr, bei der anderen weniger. Aber ich will ein bisschen um Verständnis werben in der Öffentlichkeit für dieses Konstrukt freies Mandat versus Listenwahlrecht, das ist mir schon ein Anliegen, weil ich glaube, man muss die Mechanismen und ihre Zusammenhänge ein bisschen verstehen, um sie dann richtig einzuordnen und das Wahlverhalten danach zu richten.

Interviewer: Das Spannungsverhältnis zwischen Listenwahlrecht und freiem Mandat ist im Hinblick auf die Bildung parlamentarischer Klubs mittlerweile ja zugunsten des Listenwahlrechts geändert worden. Die Entscheidung, die Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Jahr 1993 getroffen haben, wäre heute nicht mehr möglich. Wie beurteilen Sie diese Änderung der Geschäftsordnungs-Rechtslage?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ich habe zwar ein grundsätzliches Verständnis dafür, weil sich – das klingt jetzt überheblich, aber ich sage es trotzdem – die Redlichkeit ein bisschen verändert hat. Ich nehme für uns in Anspruch, dass wir – man kann das jetzt mögen oder nicht – das aus subjektiver Redlichkeit und ohne auch nur den geringsten Missbrauchsgedanken oder auch Profilierungsgedanken getan haben – daher auch die Parteigründung. Uns ging es wirklich um etwas, was wahrscheinlich nicht so schnell wieder passieren wird ... vielleicht FPÖ-BZÖ, kann sein, dass das für die aus deren Sicht irgendwie vergleichbar ist. Aber da ging es darum, nicht das System auszureizen, sondern das, wofür man steht, im System verwirklichen zu können. Nachdem wir wissen, dass das halt auch wirklich missbrauchs anfällig ist ... Ich erinnere mich gut, als der Haider damals, nach der Entscheidung durch den damaligen Nationalratspräsidenten Fischer, angekündigt hat: Ist in Ordnung, dann gründe ich fünf Fraktionen und kassiere fünfmal die Klubförderung, und dann werden wir ja sehen, ob das richtig ist. – Er hat es dann nicht gemacht. Ich habe mich schon kurz gefragt, wie würde man darauf reagieren? Also, wenn er fünf gründet, dann ist der Missbrauchsaspekt natürlich im Vordergrund, und da hätte sich Fischer schon nicht schwergetan, das abzulehnen, aber natürlich kannst du das irgendwie konstruieren und auf diese Weise zu mehr Mitteln kommen, wenn du es missbräuchlich anlegst. Und dass man daher darüber nachdenkt, das Gesetz zu ändern, dafür habe ich ein grundsätzliches Verständnis.

Trotzdem, ich glaube nicht, dass die Geschäftsordnung damit demokratischer geworden ist. Ich hätte dem nicht zugestimmt, wäre ich Parlamentarierin, und ich denke mir immer, wenn wir so schmale Grate haben, und die haben wir oft genug in der Güterabwägung vieler Gesetze, dann muss man sich halt entscheiden: Was nehme ich eher in Kauf? Und ich nehme die Beschneidung des freien Mandats kaum je in Kauf. Und daher hätte ich da nicht mitgestimmt.

Interviewer: Nachdem die Grundsatzfragen geklärt waren, die Zulässigkeit der Bildung des neuen Klubs gutachtlich untermauert war, hat Präsident Fischer die infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen begonnen: Budgetanweisungen, Raumzuweisungen ... Wie hat sich die Bildung eines solchen Klubs aus dem Nichts organisatorisch und infrastrukturell vollzogen?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Das war unglaublich, weil wir haben Monate alle miteinander ... also, ich war privilegiert, weil ich war ja noch Dritte Nationalratspräsidentin und hatte daher mein eigenes Büro, aber die anderen Abgeordneten haben sich alle das Lokal III geteilt, und jeder hat halt sein Tischlerl gehabt, bis dann wirklich die Räume gekommen sind, das war also ein Großraumbüro. Das hat aber gut funktioniert und hatte auch eine eigene Stimmung – es war so eine unglaubliche Aufbruchsstimmung, eine Aufbruchsstimmung, die wir selbst empfunden haben, von der wir das Gefühl hatten, dass wir sie auch ins Parlament hineinbringen, aber wo vor allem spürbar war, dass man es auch in die Gesellschaft hineingetragen hat.

Man kann es sich nicht mehr vorstellen, welche Resonanz in der Öffentlichkeit ... und da meine ich jetzt nicht nur die mediale Öffentlichkeit, sondern die Menschen auf der Straße, wie es so schön heißt ... was das ausgemacht hat. Das ist wirklich unvergleichlich. Ich erzähle das eben, weil es bereits Historie ist, aber das Ausmaß des Angesprochenwerdens, und wie man angesprochen wurde, und wie viele Menschen man auf einmal politisch berührt hat ... die Post, damals war die schriftliche Post Kommunikationsmittel, die Stöße, die wir bekommen haben und die ich bekommen habe, wo mir Menschen geschrieben haben: Ich habe das jetzt in den Nachrichten gehört, ich schreibe zum ersten Mal einer Politikerin, und ich habe noch nie gemacht, was ich Ihnen jetzt sage: Ich habe mir eine Flasche Sekt aufgemacht! – Das nur als ein Beispiel. Das war nicht ein Brief, das war der Tenor von solchen Stößen – das war unglaublich. Und wenn ich auf der Straße gegangen bin, hat mich, glaube ich, wirklich jeder dritte Mensch angesprochen, und die Zahl der Frauen, die mich damals angesprochen haben, war unglaublich. Für mich war die Erklärung, die ja dann auch der eine oder andere Politikwissenschaftler oder -wissenschaftlerin auch so definiert hat: Das wurde von vielen Frauen als ein Emanzipationsschritt auch von einem Mann emp-

funden. Und das in dieser Öffentlichkeit und das auf dieser politischen Ebene – das hat eine unglaubliche Ausstrahlung gehabt. Und das hat uns alle beflügelt, das hat uns in der Arbeit beflügelt, im Engagement beflügelt, das hat, glaube ich, einen Interessenschub in der Bevölkerung damals ausgelöst. – Wie lange hat es gehalten? ... Da will ich gar nicht nachdenken darüber, aber jedenfalls hat das einen solchen Interessenschub ausgelöst, der war greifbar, spürbar, hörbar. Das ist die eine Seite des Ganzen.

Der Aufbau einer Partei ist wirklich schwer zu erklären ... so etwas von mühsam, so etwas von Rückschlägen, natürlich sammeln sich auch falsche Menschen, die jetzt glauben, sie würden Karriere machen, und letztlich haben sie nicht jene politische Substanz, die man sich wünscht. Du kannst ja nicht jemanden eine Aufnahmeprüfung machen lassen, du bist angewiesen auf deine Menschenkenntnis, manchmal funktioniert es, manchmal funktioniert es nicht – oft genug hat es nicht funktioniert.

Ich erinnere mich, wir hatten ja anfangs kein Programm, wir haben erst einmal gesagt: Wir machen das!, und haben eine Grundsatzerklärung abgegeben, aus der meiner Meinung nach viel ablesbar war, das hat auch zu entsprechenden Wahlreaktionen geführt. Wir hatten uns im Februar gegründet, und im März hatten wir in Niederösterreich die erste Wahl und sind mit, glaube ich, über 6 Prozent in den Niederösterreichischen Landtag gekommen. Ich entsinne mich einer Veranstaltung, die ich vorher hatte, wo der, schon damals Landeshauptmann, Pröll neben mir gesessen ist und mir – wirklich, ich muss es einfach sagen – so feudalistisch gesagt hat, gerade dass er nicht gesagt hat: „Brav, aber nutzen tut es euch nichts!“, zwar freundlich, aber mit Herablassung gesagt hat: „Na, also ... in Niederösterreich ... und außerdem, das wäre ja furchtbar, weil da hätten wir italienische Verhältnisse.“ Das vergesse ich auch nie, wie er eine Partei mehr in seinem Landtag sofort mit dem Horrorszenario „italienische Verhältnisse“ bezeichnet hat. Ich gestehe, das bereitet mir bis heute Genugtuung, dass wir das geschafft haben, aber wir haben es eben noch ohne Programm geschafft, aber trotzdem glaube ich, die Leute haben uns gewählt, weil sie wussten, wofür wir standen – vielleicht nicht in allem, aber der Hauptgrund war schon spürbar.

Und als wir dann das Programm geschrieben haben, haben wir uns das nicht leicht gemacht. Das war viel Arbeit, aber eine wunderschöne Arbeit, und wir haben es



dann im November des Jahres, wenn ich mich richtig erinnere, vorgestellt, und der Erste, der sich verabschiedet hat, war ein niederösterreichischer Mandatar, den halt manches gestört hat, und der damals gesagt hat: „Das Programm ist 112 Seiten lang, davon sind 100 Seiten zu viel“ (lacht) – und ist ausgetreten. Das Pech kann man natürlich auch haben. Also man hat schon einiges an Lehrgeld gezahlt, das gehört dazu, aber man hat sich – das Wort „man“ verwende ich deshalb, weil ich glaube, es ist über unsere Reihen hinausgegangen – mit politischen Fragen auseinandergesetzt.

Der Aufbau in den jeweiligen Bundesländern war sehr mühsam, daher war es auch sehr schwierig, dort Fuß zu fassen. Wir haben es in Salzburg ganz knapp nicht geschafft, in den Landtag zu kommen, haben dann eine Verfassungsklage gemacht, die wir aus formalen Gründen verloren haben, wir haben es in der Steiermark geschafft, wir haben es in Wien geschafft, wir haben es in Kärnten nicht geschafft. Also es war der Aufbau in den Ländern ganz, ganz schwer, und wenn ich denke, dass wir dann immerhin sieben Jahre im Parlament vertreten waren, und doch zwei Nationalratswahlen positiv geschlagen haben, nämlich '94 und '95, und '95 haben wir sogar die Grünen überholt, dann denke ich, dass das schon eine Leistung war, die aber offenbar nicht nachhaltig genug war.

Interviewer: Wenn wir jetzt schon bei der Frage des weiteren Schicksals des Liberalen Forums sind: Warum war sie nicht nachhaltig? Was ist Ihre Einschätzung?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Wir wissen, dass es immer ein Bündel von Begründungen gibt, nichts ist monokausal. Und es klingt natürlich in meinen Ohren am angenehmsten, weil man da am wenigsten schuld daran ist, daher nenne ich es jetzt an erster Stelle, aber ich weiß natürlich, dass das nicht ausreicht als Begründung: dass in Österreich liberales Denken wirklich keine Tradition hat und den steinigsten Boden vorfindet. Das Liberale ist keine Denkstruktur, die irgendwie gelernt wurde. Das ist eine Erklärung – aber keine ausreichende.

Dass liberale Wählerinnen und Wähler besonders kritische Wählerinnen und Wähler sind, ist aber, glaube ich, durchaus evident. Und dass kritische Wähler daher einen noch strengeren Maßstab anlegen, ist natürlich, wenn du dich nur in einer geringen Größenordnung verfestigt hast, immer ein Damoklesschwert. Natürlich haben wir Fehler gemacht, und die hat man uns sicher stärker angekreidet, als Wählerinnen und Wähler der traditionellen Parteien das bei ihren Parteien tun. Die sind das irgendwie gewöhnt, die zu wählen, und wenn sie auch etwas falsch machen, bleibt man dabei, bis das Fass sozusagen überläuft. Bei uns hat man gar nicht gewartet, bis das Fass überläuft, sondern hat schon früher reagiert – auch keine ausreichende, aber auch eine Erklärung.

Wir haben sicher viele Tabuthemen angegriffen und das in zu kurzer Reihenfolge, indem man zu viele Denkgruppen provoziert hat, ob das nun die gesellschaftspolitischen oder die wirtschaftspolitischen waren. Das war eine Zeit, wo ich mich entsinne, dass das Eintreten für die Gleichberechtigung homosexueller Menschen unglaubliche Reaktionen auf der Straße hervorgerufen hat. Ich erinnere mich an Wahlkämpfe – wenn sich die Menschen schon auf eine Diskussion mit Ihnen einlassen, dann ist ja schon eine Bereitschaft des Zuhörens da. Es gab Leute, die mir gesagt haben: „Ich tät' Sie gern wählen, aber Ihr mit euren Homosexuellen ...“ Dann habe ich versucht, die ins Gespräch zu ziehen und zu fragen, was sie denn daran störe und so weiter, und es war wirklich nicht einmal ... es war das häufigste Ende des Gespräches, nicht mit den-

selben Worten, aber mit der gleichen Botschaft, dass man gesagt hat: „Vielleicht haben S' recht, aber i mog s' net!“ Und da steckt einfach so viel an Vorurteilen drinnen, das ist jetzt 25 Jahre her – nicht ganz –, und da hat sich unglaublich viel verändert, und junge Menschen können das vielleicht überhaupt nicht mehr nachvollziehen und denken sich: Wovon redet die? Aus welcher Welt kommt die? Aber das war damals eine wirklich andere Welt, wo das eine ganz große Rolle gespielt und stark emotionalisiert hat. Das war aber kein Hauptthema von uns, sondern das war nur ein selbstverständliches Thema. Und immerhin haben wir im Strafrecht damals drei Diskriminierungstatbestände gehabt²⁴ – das war ja wirklich eine andere Welt für die betroffenen Menschen.

Das nächste war ... auch da kann man sagen: Wozu kümmert ihr euch um das überhaupt? Das ist ja keine Hauptfrage! Das ist wahr, das war auch keine Hauptfrage, aber unser Ansatz der Trennung zwischen Kirchen und Staat ist tief in eine Klientel hineingegangen, die sich verunsichert gefühlt hat und die uns sozusagen als Kreuzstürmer erlebt hat. Ich kann nur sagen: Die heutige Situation bestätigt uns. Hätten wir eine klarere Trennung zwischen Kirchen und Staat, wir wären viel ehrlicher und glaubhafter in unserer Argumentation Muslimen und Musliminnen gegenüber. Willst du Muslimen verbieten, einen religiösen Kindergarten zu führen, wenn du in allen neun Kindergartengesetzen – wenn es denn noch so ist, aber zu unserer Zeit war es so – den Passus drinnen hast, dass zu den Erziehungszielen die religiöse Erziehung gehört? Da kann man nicht sagen: „Ja, aber nur die christlichen!“, wenn wir Religionsfreiheit haben. Diese Trennung, mit der sich daher Frankreich leichter tut, weil das ein Staatsgrundbaustein bei ihnen ist, die wollten wir durchführen, und zwar nicht aus Antiklerikalismus, sondern aus grundsätzlichen Überlegungen, was Sache des Staates ist und was Sache des Privaten ist. Das war eine ernsthafte Diskussion.

24 | Es handelte sich um die §§ 209 (Gleichgeschlechtliche Unzucht mit Personen unter 18 Jahren), 220 (Werbung für Unzucht mit Personen des gleichen Geschlechtes) und 221 (Verbindungen zur Begünstigung gleichgeschlechtlicher Unzucht) des Strafgesetzbuches. Während die beiden letztgenannten Straftatbestände 1996 aufgehoben worden waren, wurde das Schutzalter für homosexuelle Handlungen unter Männern erst 2002 von 18 auf grundsätzlich 14 Jahre gesenkt.

Also wenn ich jetzt diese gesellschaftspolitischen Dinge hernehme: Ich glaube bis heute, dass unsere Drogenpolitik falsch läuft und dass unser Ansatz der Entkriminalisierung weicher Drogen in die richtigere Richtung gewiesen hätte. Das – und die Grundsicherung – waren so die Rosinen, die man sich in der öffentlichen Diskussion herausgenommen hat und gesagt hat: „Des san ganz Linke irgendwie.“

Und dann kam die wirtschaftspolitische Seite: Pragmatisierung und Bürokratie zurückzudrängen. – Der gesamte Beamtenapparat war gegen uns, und bei den Kammern, bei der Gewerbeordnung, bei allem, was geschützte Bereiche sind, wo jeweils eine Gruppe sich betroffen gefühlt hat, dass man ihnen jetzt die Käseglocke, die sie bislang geschützt hat, auf einmal wegnimmt und sie sich in der freien Wildbahn bewähren müssen, so wie alle anderen auch. Das waren auf vielen Geschäftsfeldern damals wirklich neue Initiativen, die Gedanken waren gar nicht so neu, aber das politisch in Gang zu setzen und politisch durchsetzen zu wollen und daher eine Diskussion zu entfachen, das war ein bisschen viel. Und dann hast du hier eine Gruppe verprellt, hier eine Gruppe verprellt, hier eine Gruppe verprellt, und dann hat man natürlich auch personelle Fehlentscheidungen getroffen und hat selber auch nicht alles richtig gemacht, und alles zusammengenommen auf einem Boden, wo die Liberalen sich erst einmal etablieren müssen und nicht aus der Etabliertheit heraus etwas erkämpfen. – Das war zu viel!

Interviewer: Wie war das Verhältnis zwischen Klub und Partei?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Na ja, ich glaube, dass man uns nicht mit jenen Maßstäben messen kann, wie man halt eine Partei misst, die eben schon länger im Felde ist. Denn die Gründung des Liberalen Forums war natürlich ganz stark mit mir verknüpft, und ich war Parteichefin, und ich war, nachdem ich nicht mehr Dritte Präsidentin war, auch Klubchefin. Und ich war sicher mehr das Gesicht und die Person der Partei, als das vielleicht in anderen Parteien so ist, und zwar nicht nur von außen so angenommen, sondern auch von innen. So eine Parteigründung mit dieser Geschichte und mit diesem Anspruch an die Zukunft, die braucht eben ihre Zeit, bis die Stärke der ersten Person auf die anderen sozusagen aufgeteilt wird.

Daher, wenn Sie mich nach dem Verhältnis Partei und Klub fragen, das war schon sehr stark miteinander verbunden, weil halt ich bei beiden an der Spitze gestanden bin. Und ohne jetzt dem Friedhelm seine Verdienste – das ist das Letzte, was ich tun möchte, weil er hat große Verdienste – als Klubchef nehmen zu wollen, aber natürlich habe ich das überstrahlt, weil ich auch öffentlich einfach die Präsentere war. Und ich muss auch dazusagen: Das mit der Öffentlichkeit – und das wird jeder Parteichef, jede Parteichefin wahrscheinlich bis heute bestätigen –, ich habe, glaube ich, hoffe ich, sehr bald versucht, auch anderen Mandataren und Mandatarinnen öffentlichen Raum zu geben, aber das war von der Öffentlichkeit nicht gewünscht (lacht). Also wenn du einer Zeitung oder auch dem Fernsehen gesagt hast, es kommt der oder die statt mir, dann war das noch eine Zeit, wo die bestimmt haben und gesagt haben: Dann nicht! Man war sozusagen „ausgeliefert“. Wenn man etwas transportieren wollte, dann musste man das mit Personen machen, die auch von ihnen angenommen wurden, und das war halt im Regelfall lange Zeit ich. Und daher war das eine sehr starke Verknüpfung, erst später hat sich das ein bisschen verändert, vor allem auch durch Haselsteiner²⁵, weil der natürlich mit seiner wirtschaftlichen Kompetenz und mit seiner Öffentlichkeitswirksamkeit ein Kaliber für sich war. Und trotzdem war das nicht so selbstverständlich, wenn ich gesagt hätte: „Da kommt der Haselsteiner statt mir.“ Das war keine „gmahde Wiesn“, sondern da hat man trotzdem erst einmal die Parteichefin gewollt.

Ich habe manchmal darüber nachgedacht, ob ich früher hätte versuchen sollen, einen Wechsel herbeizuführen. Ich gestehe, es ist mir nicht wirklich in den Sinn gekommen. Aber nicht aus Eitelkeit und weil ich glaube, dass alles ich machen muss, sondern weil ich diese Art der erlebten Reaktion ... weil ich das nicht konterkarieren wollte und mir gedacht habe, wenn die sozusagen daneben auftreten – und wir haben es ja dann auch bei Fernsehdiskussionen vor Wahlen versucht und haben im So-

25 | Hans Peter Haselsteiner (*1944), bekannter Industrieller in der Bauwirtschaft, gehörte von 1994 bis 1998 dem Nationalrat an und fungierte von 1996 bis 1998 als Klubobfrau-Stellvertreter des Parlamentsklubs Liberales Forum. Seither bemühte er sich weiterhin maßgeblich um die Finanzierung zunächst des Liberalen Forums und seit deren Gründung im Jahr 2012 der neuen politischen Partei NEOS.



zialbereich den Volker Kier²⁶ nominiert und Haselsteiner nominiert, und am Schluss hat das das eine oder andere Mal funktioniert, aber grundsätzlich war das halt schon sehr stark mit mir verknüpft.

Interviewer: Sie haben zuvor schon darauf hingewiesen, nach einigen Monaten hat sich dann im Parlament die Infrastruktur sozusagen zu einem Normalzustand für einen parlamentarischen Klub entwickelt – aus dem Großraumbüro sind Büros geworden. Wie war überhaupt die Infrastruktur für einen parlamentarischen Klub zu dieser Zeit beschaffen? Sie hatte sich ja etwas verbessert gegenüber vorangegangenen Gesetzgebungsperioden, auch durch das Parlamentsmitarbeitergesetz 1992 hat sich die individuelle Infrastruktur der Abgeordneten verbessert. Wie konnten Sie als Abgeordnete – als Präsidentin hat man natürlich eine privilegierte Stellung – arbeiten? Welche Informationsmittel hatten Sie zur Verfügung, welche Infrastruktur hatten Sie zur Verfügung?

26 | Volker Kier (1941–2023) fungierte von 1983 bis 1987 als Kabinettschef des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie Norbert Steger und trat, nachdem er sich zunächst dafür engagiert hatte, die FPÖ als liberale Partei neu zu gestalten, nach der Wahl Jörg Haiders zum Bundesparteiobmann 1986 aus der FPÖ aus. Für das Liberale Forum war er von 1994 bis 1999 Abgeordneter zum Nationalrat, von 1998 bis 1999 Klubobfrau-Stellvertreter.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Also eine Oppositionspartei hat einen gravierenden Wettbewerbsnachteil. Das, befürchte ich, hat sich bis heute nicht geändert, obwohl man durch das Mitarbeitergesetz eine andere Möglichkeit bekommen hat. Denn wenn du als Abgeordnete alleine dir die Informationen beschaffen musst, bist du völlig blockiert und zugedeckt. Also zumindest einen Mitarbeiter, eine Mitarbeiterin zu haben, ist notwendig. Die Großparteien – lassen wir es bei diesem Begriff, wir wissen, wen wir meinen – haben natürlich ihre Institutionen, aus denen sie schöpfen, und das sind entweder die Ministerien oder die Interessenvertretungen oder eben ihre etablierte Parteiorganisation. Und das sind natürlich unglaubliche Reservoirs, die sie haben, die der Oppositionspartei – erst recht einer jungen – im Regelfall verwehrt sind. Da bist du immer im Nachteil, und du musst es mit Spitzfindigkeit, mit Fleiß und mit Kompetenz versuchen wettzumachen; das haben wir versucht. Und ich glaube, wir haben gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehabt, die haben wirklich etwas zusammengebracht. Und natürlich ist dann auch notwendig, dass du einen guten Kontakt auch zu den anderen Klubs hast, und wenn die fair sind, und manche sind es ja, dann kriegst du auch die Informationen, die neben den formalen und offiziellen Informationen laufen. Aber wenn du natürlich so ein Gesetzeswerk kriegst und musst es alleine durcharbeiten und hast nicht die Mitarbeiter der Kammer und der Gewerkschaft und der Ministerien, die dir vorher da schon Exzerpte machen und dir vorher erzählen, worauf es ankommt, dann bist du im Nachteil. Aber das ist das Wesen der parlamentarischen Arbeit, und letzten Endes ist es das bis heute geblieben. Und mit zunehmender Routine kann man damit umgehen, ganz am Anfang ist das schwierig.

Und insofern war es natürlich ein Vorteil, den einen oder die andere Mitarbeiter oder Mitarbeiterin noch aus dem Freiheitlichen Klub zu haben, die sich ebenfalls getrennt haben, weil die das parlamentarische Prozedere gekannt haben, weil die Menschen gekannt haben, mit denen sie auch kooperieren können, und damit hat man einen anderen Grundstock, auf dem man aufbauen kann. Aber es ist eine verdammt harte Arbeit! Das muss man einfach wissen.

Und jetzt fällt mir noch eine Geschichte ein, weil sie so typisch ist: Mit einer neuen Fraktion kommen eben neue Anforderungen für die Ausschussbesetzungen. Niemand

will etwas hergeben, das kennt man ja, und es ging darum, dass wir damals als Fraktion auch den Anspruch auf einen Ausschussvorsitz hatten.²⁷ Also man kann ja gerade noch darüber reden, dass dann die Besetzung der Ausschüsse ein bisschen verändert wird, aber Ausschussvorsitz, so etwas gibt man wirklich nicht gerne her. Und das war die Geburtsstunde des Kulturausschusses. Denn ich glaube, der wäre sonst nicht gekommen, weil es ja auch gar nicht einfach ist, weil das so eine Querschnittsmaterie ist, weil es darum ging, was nehmen wir alles da hinein in den Kulturausschuss. Aber das war mir immer schon ein Anliegen, auch schon vorher, und das war dann die Gelegenheit, zu sagen: So, wir haben Anspruch auf einen Vorsitz, gründen wir einen Kulturausschuss, und dann kriege ich den Vorsitz des Kulturausschusses, und die Zusammensetzung ist nach dem üblichen Muster. Also solche Auswege, wo die einen nichts hergeben müssen und die anderen trotzdem das Glück haben, etwas zu kriegen, was sie für sinnvoll halten, sind auch typisch für ein parlamentarisches Prozedere.

Interviewer: Während Sie als Präsidentin naturgemäß wohl weniger persönlichen Anteil am parlamentarischen Prozess im materiellen Sinn hatten, am Gesetzgebungsprozess, haben Sie dann zum Beispiel als Vorsitzende des Kulturausschusses, aber auch in anderen Ausschüssen unmittelbaren Anteil an der Gesetzgebungsarbeit genommen. Wie haben Sie die Gesetzgebungsarbeit, insbesondere auch auf Ausschussenebene, erlebt? Welche Möglichkeiten zur Einwirkung hatten Sie da?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Da tue ich mir deswegen in der Formulierung schwer, denn Außenstehende würden das als eine Bankrotterklärung wahrnehmen, und ich meine es aber nicht als eine Bankrotterklärung. Aber wahr ist, dass der Gestaltungsspielraum für Abgeordnete, für Abgeordnete an sich, aber vor allem für Oppositionsabgeordnete, wirklich gering ist. Ich sage auch „für Abgeordnete“, weil die Dinge ja auf einer anderen Ebene ausgehandelt werden, und wenn sich die Koalition auf das Gesetz X einigt, dann hat sie auch kein Interesse, dass ihre eigenen Abgeordneten sagen: Das wollen wir nicht! Das ist die Schwierigkeit des Systems an sich, denn natürlich willst du eine Koalition, die sich auf etwas einigt, aber du kannst damit nicht

27 | Die Ausschussfunktionen – Vorsitz, stellvertretender Vorsitz, Schriftführung – werden in der parlamentarischen Praxis proportional (nach dem d'Hondt'schen System) auf die parlamentarischen Klubs verteilt.

das freie Mandat sämtlicher Abgeordneter außer Kraft setzen, die vorher in den seltensten Fällen ausreichend eingebunden waren. Also das ist eine Frage des Fingerspitzengeföhls und des Demokratieverständnisses der jeweiligen Vorsitzenden, dass sie – nun war ich nie Regierungspartei, daher rede ich mir leicht, das weiß ich schon alles, aber ich kann es mir gut vorstellen – auch bei einem Koalitionsabkommen ihre Abgeordneten zu einem Zeitpunkt einbinden, dass die sich nicht einfach überfahren fühlen. Und dass sie sich überfahren fühlen, das habe ich in den Ausschüssen oftmals erlebt, wo ich gewusst habe, dass da auch die Abgeordneten der Regierungsparteien gar nicht so begeistert sind davon oder etwas gar nicht wissen, denn als Oppositionelle hast du ja einen ganz anderen Anspruch aufs Zerlegen der Dinge, da hast du ja ganz andere Angriffspunkte. Und natürlich hast du einen kritischen Zugang dazu, und dann merkst du auf einmal, die wissen das gar nicht und können da gar keine Antwort darauf geben.

Und mit Abänderungsanträgen ist man sowieso schon in einer schwierigen Situation, aber es kommt vor, dass etwas gelingt. Wenn man es zusammenbringt, ein Thema so aufzubereiten, dass auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien spüren, dass es hier um die Sache geht – es ist ja nicht so, dass wir so völlig unterschiedliche Weltansichten haben, in vielen Fragen kannst du ja Koalitionen auch mit anderen schließen –, dann lassen sich auch Änderungen durchsetzen. Man braucht halt eine hohe Frustrationsschwelle.

Und vielleicht habe ich da etwas gelernt in meiner Tätigkeit in der Volksanwaltschaft. Da habe ich auch 100 Prozent Arbeit gemacht und wusste, dass ich nur bei 20 Prozent auf etwas draufkomme und von den 20 Prozent vielleicht nur 10 Prozent ändern kann. Und trotzdem habe ich die Arbeit als sinnhaft empfunden, weil ich gefunden habe: Dafür hat es sich gelohnt! Zugegeben: Die Kontrollrute im Fenster hat dabei auch eine Rolle gespielt.

Und bei der parlamentarischen Arbeit sehe ich das ähnlich. Der Parlamentarier und die Parlamentarierin hat ja viele Aufgaben und hat vor allem auch die Aufgabe – und das ist mein Politikverständnis –, in der Bevölkerung vor allem für eine bestimmte

Stimmung zu werben. Es geht darum, wie wir miteinander umgehen. Die Spielregeln im Einzelnen sind ja selten wirklich vermittelbar. Das interessiert die Leute nicht, das verstehen sie zum Teil nicht – und damit meine ich nicht, dass sie zu blöd dazu sind, sondern weil ihnen einfach das Feld zu fremd ist. Da geht es schon zu einem Gutteil darum, dass man spürt, in welche Richtung es gehen soll. Und ich glaube, dass es die Aufgabe der Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist, diese Stimmung mitzuprägen, so wie sie glauben, dass sie richtig ist. Das ist die eine Sache, und die andere Sache ist die konkrete Ausformulierung der Spielregeln. Und bei der konkreten Ausformulierung der Spielregeln hat man einen kleinen Spielraum – das ist eine Realität –, aber den muss man nutzen.

Interviewer: Sie haben zuvor schon aus Ihren Erfahrungen, die Sie in der Volksanwaltschaft gemacht haben, darauf hingewiesen, wie oft der Sinn eines Gesetzes, wie oft die Absicht, die der Gesetzgeber mit einem Gesetz um Ausdruck zu bringen versucht hat, dann in der Vollziehung sinnentstellend umgesetzt worden ist. Oft wird der Gesetzgebung auch vorgeworfen, dass sie schwer verständlich wäre – gerade die Volksanwaltschaft hat das immer wieder hervorgehoben. Inwieweit hat da der Abgeordnete oder die Abgeordnete die Möglichkeit, legislativ zu wirken, auf Verständnisprobleme hinzuweisen, auch eine sprachliche Verbesserung von Regeln herbeizuführen?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ich glaube, da hätten die Abgeordneten noch den größten Spielraum. Wenn es um die Formulierungen geht, wenn man aufmerksam genug wäre und wenn man sich das zur Aufgabe machte, dann denke ich, dass man hier noch den größten Spielraum hätte, denn da hat man zwar durchaus jene Beamten gegen sich, die es anders formuliert haben und die halt nicht gerne verlieren, aber wenn man es richtig macht, merken die ganz genauso, dass etwas besser formuliert ist. Also da, glaube ich, ist oft das mangelnde Engagement Ursache dafür, dass man es sich gar nicht antut. Denn: Natürlich tut man sich etwas an damit. Das ist die eine Seite, aber auch nicht die ausschließliche Seite. Die andere Seite ist natürlich wirklich die Kompliziertheit der Materie, dass die Kompliziertheit der Materie halt selten nur mit einfachen Worten zu beschreiben ist, sondern oftmals halt wirklich nur mit komplizierten Konstruktionen zu beschreiben ist. Aber wir haben das eine wie das andere. Und ich

fürchte, dass sich zu viele daran gewöhnt haben, dass es halt kompliziert sein muss. Ich glaube, dass man die Kompliziertheit ordentlich reduzieren könnte, nicht überall, aber in vielem. Und das wäre mit Abänderungsanträgen – wenn man das Gefühl hat, dass so ein Antrag konstruktiv ist – machbar. Ich fürchte, es ist manchen zu mühsam, und sie tun es deswegen nicht.

Interviewer: Die Zeit Ihrer parlamentarischen Tätigkeit fällt in jene Phase, in welcher Österreich der Europäischen Union beigetreten ist. Ihre erste Rede im Bundesrat haben Sie zum Thema EG, wie sie damals noch hießen, gehalten. Gerade in jener Zeit, als Sie das Präsidium verlassen haben, Klubobfrau geworden sind, ist Österreich dann tatsächlich beigetreten, hat im EU-Begleit-BVG 1994 dem Parlament Rechte zugeschrieben, die es in der Ausübung der Kompetenzen in der europäischen Rechtsetzung als Mitwirkungsrechte ausüben konnte. Wie weit hat dieser EU-Beitritt Österreichs auf die parlamentarische Arbeit gewirkt, in der Mitwirkung an der Formulierung österreichischer Positionen zur europäischen Rechtsetzung, aber auch in der Rückwirkung auf die nationale Rechtsetzung?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ich fürchte, das, was wir seinerzeit mit diesem EU-Begleitgesetz²⁸ erreicht haben, wurde in der Praxis nicht erfüllt. Ich weiß auch nicht, wie sehr es erfüllbar ist und wieweit es nicht ein hehrer theoretischer Anspruch war, aber diese Bindung der Ministerinnen und Minister an das heimische Parlament, so wie wir das formuliert haben, wird, glaube ich, nicht gehandhabt – wurde schon nicht gehandhabt in jener Zeit, als ich noch im Parlament war, und wird heute, glaube ich, weniger denn je gehandhabt.

28 | Die am 15. Dezember 1994 beschlossene Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1994, das sogenannte EU-Begleit-BVG, sah in Artikel 23e und 23f B-VG weitgehende Mitwirkungsrechte des Nationalrates und des Bundesrates an der österreichischen Willensbildung zu Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union vor. Da die Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP allein nicht über die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Beschlussfassung im Nationalrat verfügten, war es den Grünen und dem Liberalen Forum in den vorangegangenen Verhandlungen gelungen, weiterreichende Mitwirkungsrechte als ursprünglich vorgesehen durchzusetzen. In der parlamentarischen Praxis sollten die stärksten Mitwirkungsrechte, insbesondere das Stellungnahmerecht gemäß Artikel 23e Abs. 1–4 B-VG, freilich schon bald kaum mehr in Anspruch genommen werden.



Außenminister Alois Mock und Vizekanzler Erhard Busek bei einer proeuropäischen Kundgebung auf dem Wiener Ballhausplatz (1994)



Proeuropäische Kundgebung auf der Wiener Ringstraße (1994)

Ich versteh das ja auch, denn du kannst nicht, wenn du mitten in einer Verhandlung bist, rausgehen und anrufen und sagen: „So, und jetzt macht einen Hauptausschuss und beschließt das!“ Aber wie bei so vielen Dingen geht es um die Haltung, die dahintersteht, geht es um den Zugang. Und dieses Gefühl der Anbindung an dein heimisches Parlament und der Verantwortlichkeit deinem heimischen Parlament gegenüber, das wir mit den Gesetzesbestimmungen erreichen wollten, fürchte ich, ist zu gering ausgeprägt. Stattdessen machen es sich manche einfach bequem: Statt zu Hause zu erklären, warum man manches verhandelt und bei manchem zugestimmt hat, schiebt man einfach die Verantwortung auf Brüssel und tut so, als hätte man nichts damit zu tun. Und ich bilde mir ein, dass das mit ein Grund ist für das Gefühl der Menschen, dass wir nur noch fremdbestimmt werden. Und das hat wirklich ein bisschen was für sich, weil wir oftmals Problemlösungen mittragen, ohne dass wir das zugrundeliegende Problem im eigenen Land überhaupt erkannt haben oder es lieber anders gelöst hätten.

Aber ich sage noch einmal: die Dinge sind nicht schwarz-weiß. Es geht nicht so einfach, aber es rennt ein bisschen anders, als es könnte. Und das finde ich deswegen so bedauerlich, weil ich nicht nur damals, sondern vor allem auch heute die EU – wie sie heute heißt – für eine unglaubliche Errungenschaft halte und wirklich beunruhigt bin und unglücklich bin über die derzeitige Entwicklung, von der ich glaube, dass sie nicht zur Festigung führt, sondern dass sie in Richtung eines Zerfalls dessen führt, was wir uns vorgenommen haben.

Ich habe dieses gemeinsame Europa mit all den Instrumentarien, die das Gemeinsame absichern, immer für einen Fortschritt gehalten. Und ich glaube auch, dass das Österreich als einen Fortschritt erlebt hat, auch wenn es manche nicht so empfunden haben, aber in der Realität war das ein Fortschritt. Jetzt geht manches in die falsche Richtung, zumal auf der europäischen Ebene die Demokratie nicht entsprechend Schritt gehalten hat mit manchen Kompetenzen – da gibt es eine Schieflage. Und die augenblickliche Situation macht mich nicht gerade optimistisch.

Interviewer: Wir haben über die Qualität der österreichischen Gesetzgebung gesprochen, die oftmals sowohl sprachlich als auch strukturell vorzufindende Komplexität von Rechtsakten. Legistinnen und Legisten führen anlässlich des zunehmenden Anteils von nationalen Umsetzungsrechtsakten an der Gesamtzahl der nationalen Rechtsakte diese Komplexität häufig darauf zurück, dass bereits die ihnen vorgegebenen und ins nationale Recht zu transponierenden europäischen Rechtsakte so komplex formuliert seien. Haben Sie das auch schon beobachten können in Ihrer Zeit als Parlamentarierin?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ja, ja. Aber ich gebe zu, dass mir da jetzt kein konkretes Beispiel einfällt, aber dem widerspreche ich jedenfalls gefühlsmäßig gar nicht. Das stimmt schon. Das liegt natürlich auch daran, dass man eine große Bandbreite von Interessen mit abdecken will und dass die Dinge kompliziert und komplex sind. Ein Beispiel aus dem Alltag ist irgendeine Gebrauchsanweisung von einem Produkt. Die ist auch nicht zufällig um ein Vielfaches komplizierter und länger geworden, als sie früher war, sondern weil die Funktionen so zugenommen haben und weil die Möglichkeiten, wie eine Funktion ausgeübt wird, so vielfältig geworden sind und weil notwendige Absicherungen, auch vor Klagen, zugenommen haben. Das ist auf der gesetzgeberischen Ebene nicht viel anders.

Interviewer: Das Liberale Forum war zunächst im Europäischen Parlament vertreten, hat dann bei der Wahl 1999 den Einzug ins Europäische Parlament nicht geschafft ...

Mag. Dr. Heide Schmidt: ... ins österreichische.

Interviewer: Ins Europäische: '99.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Entschuldigung, das war im gleichen Jahr, ja.

Interviewer: Ins österreichische dann auch nicht mehr. Ich werde, wenn ich eine These äußern soll, den Verdacht nie los, dass dieses Scheitern bei der Europawahl auch mitgewirkt hat.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ja, kann sein.

Interviewer: Aber die Frage wäre jetzt in eine andere Richtung gegangen: Was war Ihr Eindruck damals – heute hat sich natürlich auch die rechtliche Situation verändert – von der Rolle des Europäischen Parlaments in der europäischen Rechtsetzung?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Nachdem ich überzeugt bin, dass dieses gemeinsame Europa mit allen demokratischen Instrumenten, die es dazu braucht, ein Fortschritt für unsere Gesellschaften ist, bin ich auch von der Wichtigkeit des Europäischen Parlaments überzeugt und glaube, dass es in letzter Zeit positiv weiterentwickelt wurde. Ich würde mir aber so sehr wünschen, ich würde mir so sehr wünschen, dass die Gesetzgebungsakte tatsächlich im Parlament fallen, weil im Parlament nicht so sehr die nationalen Interessen eine Rolle spielen, sondern Grundsätze eine Rolle spielen. In einer Fraktion hast du einen gemeinsamen Nenner für Werte und Grundpositionen; das ist zwar ein weites Feld, gerade in den europäischen ist es ja noch weiter als in den nationalen, aber immerhin, da gibt es jeweils in einer Fraktion einen Common Sense für die Richtigkeit einer Entwicklung oder für das Ziel einer Entwicklung. Und es wäre mir so wichtig, dass es nach diesen Grundsätzen geht und nicht nach den nationalen Interessen, wie sie halt dann in einem Rat vertreten werden, wo jeweilige Minister drinnen sitzen, die wissen, was sie im eigenen Land vertreten müssen. Sie denken dann oft mehr an ihre nationalen Wahlen als an die Grundsätze ihrer europäischen Fraktion.

Also eine Weiterentwicklung der Kompetenzen des Parlaments und darüber hinaus bis hin – für mich immer noch ein Ziel – zu einer europäischen Regierung, das halte ich für das Erstrebenswerteste, weil ich halte es für potenziell grundsatzorientierter. Und dieses „grundsatzorientierter“ wünsche ich mir für eine Gesellschaft, ob es nun eine nationale oder eine internationale Gesellschaft ist, viel mehr als Engstirnigkeit nationaler Interessen, egal auf welchem Gebiet, die nur darauf abzielen, irgendeine Gruppe zu befriedigen, die wähler- und wählerinnenrelevant ist.

Interviewer: Wie weit schöpft das Europäische Parlament dieses Potenzial der Grundsatzorientierung tatsächlich aus?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ein bisschen schon, ein bisschen schon. Jetzt gebe ich zu, dass ich nicht mehr so auf dem Laufenden bin, um Beispiele zu nennen. Ich glaube, dass bei TTIP²⁹, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, Initiativen gesetzt wurden, die richtungsweisend sind, aber das ist nicht das Einzige. Es kommt schon immer wieder vor ... Sie sehen, selbst als politisch interessierter Mensch habe ich die Beispiele nicht parat, wie soll man das von der „Frau Müller“ und von der „Frau Schmauswaberl“, wie ich immer sage, erwarten, die ein Stückchen weiter weg sind, nicht nur, weil Brüssel weit weg ist, sondern weil man sich die Informationen offensichtlich aus Bequemlichkeit zu wenig holt – deshalb ist da ein bisschen eine Distanz da. Ich empfinde nur deshalb keine Distanz, weil ich weiß, ich könnte sie mir holen, wenn ich wollte. Die anderen glauben, die Informationen sind einfach nicht da, ich weiß wenigstens, wo sie lägen, aber ich habe sie jetzt nicht präsent.

Interviewer: Ist nicht das gerade ein Problem der europäischen Rechtsetzung, dass die Medien als überwiegend nationale Medien sie so wenig reflektieren?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ja, das stimmt. Ich weiß gar nicht, ob es immer noch eine „Europäische Zeitung“ gibt, die es einmal gab, erinnern Sie sich?

Interviewer: Sie ist nicht präsent.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Es gab eine, und ich weiß gar nicht, ob es sie noch gibt, da haben Sie völlig recht, und die nationalen Medien tun das im Schrebergarten Österreich noch viel weniger als in anderen Ländern. Wenn man sich die deutschen Zeitungen anschaut, da hat man schon einen anderen Horizont, was natürlich daran liegt,

29 | TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) ist ein geplantes Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA, mit dem Ziel des Abbaus von Handelshemmnissen; die wegen ihrer Intransparenz kritisierten Verhandlungen darüber wurden 2013 aufgenommen, kamen nach dem Amtsantritt von Donald Trump als Präsident der USA 2017 aber zum Erliegen.

dass Deutschland auch eine andere Rolle in Europa spielt, als das Österreich tut. Aber daran sieht man, das wird an der eigenen Rolle gemessen, und nicht an der Betroffenheit, denn die Betroffenheit ist in Österreich genauso groß wie in Deutschland.

Interviewer: Ist nicht auch die Fokussierung der nationalen Medien auf die Rolle der nationalen Abgeordneten im Europäischen Parlament eine, die gerade die Vertretung der nationalen Interessen in den Vordergrund rückt?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Also ich sehe überhaupt keine Fokussierung der nationalen Medien auf die europäischen Abgeordneten. Die Einzige, die hin und wieder vorkommt, ist die Frau Lunacek³⁰, weil sie eine von zahlreichen Vizepräsidentinnen ist, aber ansonsten, glaube ich, transportieren die niemanden – und das finde ich auch schade. Ich weiß auch nicht, wie sehr das an ihnen selber liegt, wie sehr sie selber sich da profilieren könnten, das hat der Othmar Karas³¹ eine Zeitlang eigentlich gut geschafft, aber jetzt auch schon wieder länger nicht, und von den anderen rede ich gar nicht. Ich glaube, das Interesse der heimischen Medienszene an der Arbeit der nationalen Abgeordneten im Europaparlament ist gleich null. So nehme ich es wahr.

Interviewer: Wenn wir schon von den Medien sprechen: Das Parlament ist ja natürlich ein Schauplatz, ein Forum, eine Bühne, die medial stark reflektiert wird, stärker als das Europäische Parlament. Wie haben Sie den Einfluss der Medien auf die parlamentarische Arbeitsweise verspürt? Die Geschäftsordnungsnovelle 1996, die Sie

30 | Ulrike Lunacek (*1957), gelernte Dolmetscherin, war von 1996 bis 1998 Bundesgeschäftsführerin der Grünen und von 1999 bis 2009 Abgeordnete zum Nationalrat. Von 2009 bis 2017 gehörte sie dem Europäischen Parlament an, von 2014 bis 2017 als Vizepräsidentin. 2017 trat sie als Spitzenkandidatin der Grünen zur Nationalratswahl an und legte nach dem Ausscheiden der Grünen aus dem Nationalrat ihre politischen Funktionen zurück. Im Jahr 2020 übernahm sie für wenige Monate die Funktion der für Kunst zuständigen Staatssekretärin im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport.

31 | Othmar Karas (*1957) war von 1981 bis 1990 Bundesobmann der Jungen ÖVP und von 1983 bis 1990 Abgeordneter zum Nationalrat. Von 1999 bis 2024 war er Mitglied des Europäischen Parlaments und dort von 2006 bis 2009 sowie von 2011 bis 2019 Leiter der ÖVP-Delegation. Von 2012 bis 2014 sowie von 2019 bis 2022 war er Vizepräsident, von 2022 bis 2024 Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

miterlebt und mitgestaltet haben, ist ja sehr stark darauf ausgerichtet gewesen, ein mediengerechteres parlamentarisches Verfahren zu gewährleisten.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ich weiß nicht, ob es die richtige Antwort auf Ihre Frage ist oder ob ich da jetzt nicht eine falsche Assoziation daran knüpfe, aber es ist trotzdem die, die mir einfällt, wenn ich Medien und Parlament anschau. Eines meiner Schlüsselerlebnisse über den Einfluss der Medien betrifft die „Kronen Zeitung“, betrifft die Werkvertragsregelung, die das Parlament seinerzeit beschlossen hat.³² Und in dieser Werkvertragsregelung waren – so war es der politische Wille der Regierungsparteien – die Kolporteure, die Zeitungskolporteure, mit erfasst. Am Abend vorm einschlägigen Ausschuss habe ich als Mitglied des Ausschusses – ich weiß nicht, ob das an die Klubchefs geschickt wurde oder an die Ausschussmitglieder – ein Schreiben des Herrn Dichand³³ am Tisch gehabt, dass er ersucht, die Kolporteure auszunehmen von dieser Werkvertragsregelung wegen der schwierigen Auswirkungen, die es auf die Zeitungsszene hat. Am nächsten Tag im Parlament hatten wir einen Abänderungsantrag der Koalitionsparteien liegen, dass die Kolporteure ausgenommen werden. Das war nicht sachgerecht, man kann über die Werkvertragsregelung so oder so reden, aber es war absolut nicht sachgerecht, ausgerechnet die Zeitungskolporteure auszunehmen. Das war für mich Einfluss der Medien, aber das hat weniger mit dem Parlament als mit den Parteien zu tun.

Es ging allerdings noch weiter: Also dann wurde das so beschlossen, und wir als Liberale haben dann eine Verfassungsklage gegen die Werkvertragsregelung gemacht.

32 | Die Regelung, mit welcher eine Sozialversicherungspflicht für „unechte“ Werkverträge eingeführt wurde, war in Artikel 34 des Strukturanpassungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 201, enthalten. Dem in § 5 Abs. 1 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes eingefügten Ausnahmetatbestand zufolge wurden – in Abänderung der Regierungsvorlage – in Unternehmen, die periodische Druckwerke herstellen, „Beschäftigte, die diese periodischen Druckwerke vertreiben oder zustellen“, also im Wesentlichen Zeitungskolporteure, von der Sozialversicherungspflicht ausgenommen.

33 | Hans Dichand (1921–2010) war Journalist und gründete 1959 die „Neue Kronen Zeitung“, die er bis zu seinem Tod als Herausgeber leitete. Aufgrund des hohen Marktanteils dieser Zeitung konnte er seine Position auch dazu verwenden, um in Kampagnen bestimmte Politiker oder politische Positionen zu unterstützen oder zu bekämpfen.

Und um eine Verfassungsklage zu machen³⁴, brauchten wir nicht nur die drei Oppositionsparteien, nämlich Grüne, Freiheitliche und Liberale, sondern wir brauchten noch eine oder zwei, das weiß ich nicht mehr sicher, Stimmen aus einer Regierungspartei – die haben wir auch bekommen, durch die Ridi Steibl³⁵ damals. Das heißt, wir hatten eine Mehrheit, um eine Verfassungsklage zu machen. Die haben wir aufgesetzt, mit guten Juristen und so weiter, und haben das mit den Grünen und den Freiheitlichen abgesprochen, wir hatten natürlich auch die Kolporteurinnen drinnen. Und dann haben die Freiheitlichen gesagt: „Na, die Kolporteurinnen können nicht drinnen bleiben, sonst unterschreiben wir das nicht.“ Und daraufhin haben wir die Kolporteurinnen wieder rausgenommen und haben uns gedacht, der VfGH wird das schon von sich aus prüfen – was er leider nicht getan hat. Und das hat mir so gezeigt, wie das Zusammenspiel von Parlament, von Parlamentariern und von einflussreichen Zeitungen funktioniert. Ich fürchte nur, das war nicht die Antwort auf Ihre Frage, trotzdem ist es mir eingefallen. (Heiterkeit.)

Interviewer: Das war eine faszinierende Antwort, die Frage hat allerdings eher auf die mediale Vermittlung des parlamentarischen Geschehens gezielt, die ja vor allem an der Bühne des Plenums anknüpft. Wie erleben Sie das Plenum unter diesem Gesichtspunkt?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ich halte es für sehr verdienstvoll, dass auf ORF III – ich weiß nicht, ob alle Parlamentsdebatten ... (Interviewer: Alle, manche zeitversetzt!) ... übertragen werden. Ich wollte das auch immer schon als Parlamentarierin, weil ich das immer in zweierlei Hinsicht für positiv gehalten habe: einerseits als Information für die Menschen, die nicht im Parlament sitzen, und andererseits als Disziplinierung für die Menschen, die im Parlament sitzen. So habe ich das immer gedacht, und wollte das daher auch immer. So, jetzt haben wir's, und ich fürchte, dass es beide Ziele

34 | Gemäß Art. 140 Abs. 1 Z 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes kann ein Drittel der Mitglieder des Nationalrates die Prüfung eines Bundesgesetzes auf Verfassungswidrigkeit durch den Verfassungsgerichtshof beantragen.

35 | Ridi Steibl (*1951), Erwachsenenbildnerin und Lebens- und Sozialberaterin, gehörte von 1994 bis 2013 für die ÖVP dem Nationalrat an und war u. a. seit 2000 als parlamentarische Familiensprecherin ihrer Partei tätig.

nicht positiv erreicht. Was die Disziplinierung der Abgeordneten betrifft, sehe ich keinen Effekt, sowohl was die Befüllung des Parlaments als auch was die Qualität der Reden betrifft, und was daher den Informationswert für die Menschen außerhalb des Parlaments betrifft, habe ich keine Freude damit, weil ich glaube, dass sie zwar die Information kriegen, aber dass die kein positives Bild zeichnet. Daher: Es ist schon in Ordnung, dass es das gibt, aber Freude habe ich keine damit, weil ich fürchte, die demokratiepolitische Auswirkung ist keine positive. Aber so ist es, es ist eine Abbildung der Realität. Und das ist notwendig.

Interviewer: Wie schätzen Sie die Funktion des Plenums ein? Inhaltliche Abänderungen sind wohl kaum mehr möglich. Wie schätzen Sie die Kommunikations- und Vermittlungsfunktion des Plenums ein?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Sie haben recht, es ändert sich in der Regel überhaupt nichts mehr. Es geht um die Kommunikation der eigenen Positionen, und es geht um die Kommunikation der Positionen der einzelnen Abgeordneten. Ich frage mich, welchen Effekt es hat, und ich frage mich aber zugleich, ob es zulässig ist, jetzt nur nach dem Effekt zu fragen, denn manche Dinge muss man einfach tun, ungeachtet des Effektes. Das muss man tun, weil es die öffentliche Abhandlung dessen ist, was man dann beschließt. Und diese öffentliche Abhandlung ist ein integrativer Bestandteil einer Demokratie. Also daher: Auch wenn es nichts mehr ändert, aber es ist notwendig. Und wenn ich jetzt gesagt habe, nicht nur die Position der Parteien, sondern auch der einzelnen Abgeordneten, dann ist das erst recht eine Notwendigkeit, nämlich auch um ... und das hat schon eine Wirkung ... um auch der eigenen Fraktion zu sagen, wofür man steht und wo man etwas differenzierter sieht, wenn man denn den Mut hat, es zu sagen. Und das ist die Schwierigkeit: Die Schwierigkeit einerseits, dass Abweichungen in manchen Fraktionen nicht zugelassen werden: schlicht nicht zugelassen werden, was ich für unerträglich halte. Ich sage das auch als ehemalige Klubchefin, die auch keine Freude gehabt hat, wenn irgendjemand aus der Reihe getanzt ist, aber wenn man das nicht aushält, dann darf man nicht in einer Demokratie leben. Demokratie ist mühsam – so ist es! Und die eigene Fraktion kann erst recht mühsam sein – so ist es! Aber wenn man das nicht aushält, wie gesagt, dann ist man nicht wirklich Demokrat oder Demokratin.

Und dieses Bild zu erleben, diese Art der Disziplinierung zu erleben, die finde ich eben so deprimierend. Und da ist kaum eine Fraktion gefeit. Ich würde den Grünen zugestehen, dass es hier eine weitgehende Freiheit gibt, ich kann das rückblickend auch von den Liberalen sagen, aber bei den anderen Parteien sehe ich das Gegenteil davon, und das finde ich schon unmöglich. Und sie tun der Demokratie keinen guten Dienst, denn sie würden, glaube ich, auch bei Wählerinnen und Wählern, wenn es abweichende Meinungen gibt und wenn die artikuliert werden, einen Denkprozess in Gang setzen, und sie würden ein offeneres Bild vermitteln. Dieses geschlossene Bild ist natürlich dem Listenwahlrecht geschuldet. Ich habe schon vorher davon gesprochen, dass ich das zwar bis zu einem gewissen Grad verstehen kann und daher auch in der eigenen Fraktion um ein einheitliches Abstimmungsverfahren geworben habe. Wenn jemand etwas nicht wollte, zu fragen: Kannst du dir das nicht vorstellen? Wie sehr müsstest du dich überwinden?, und so weiter. Das gebe ich zu, dass ich solche Fragen gestellt habe, wo ich auch gerungen habe um das Abstimmungsverhalten, das von vornherein nicht einstimmig war, aber wenn du dann spürst, dass jemand sich sozusagen verbiegen müsste, dann darfst du das nicht verlangen. Und das, glaube ich, sollte man auch der Bevölkerung vermitteln, auch um das Interesse an diesen Übertragungen hoch zu halten, weil das, was derzeit stattfindet, weckt das Interesse einfach nicht – und wenn es das schon bei mir nicht weckt, wie soll es das bei einem politisch weiter weg stehenden Menschen wecken? Dabei geht es um die Information der Bevölkerung, sie sollen etwas besser verstehen können und sie sollen sich ein Bild machen können, um zur Wahl zu gehen.

Interviewer: Wie hat sich die innerfraktionelle Willensbildung in Ihrer Fraktion vollzogen? Wurde da diskutiert, wurde da abgestimmt? Wer hat die Vorschläge gemacht?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Die jeweils zuständigen Abgeordneten. Denn die sind es ja, die sich die Materie im Konkreten angeschaut haben, und natürlich gab es dann Materien – das kann man nicht über einen Kamm scheren –, in die sich alle eingelese haben, inklusive die verantwortliche Klubchefin, und manche, die man dem zuständigen Abgeordneten und der zuständigen Abgeordneten überlassen hat, auch in der Berichterstattung innerhalb des Klubs, und gesagt hat: Wenn du das so sagst, dann machen wir's so! Also das ist eine Frage der Wichtigkeit und der Kompliziertheit der

Materie gewesen, aber hauptverantwortlich für die Berichterstattung waren immer die Ausschussabgeordneten, und in einer Fragestellung und einer Diskussion – und ohne Diskussion ist bei uns kaum etwas gelaufen – hat sich dann etwas entwickelt, sodass alle auf dem Stand waren.

Und es war auch manchmal so, dass die Ausschussabgeordneten gesagt haben: Eigentlich kann man sowohl zustimmen als auch ablehnen. Das ist ja in einer Oppositionspartei wieder ein eigenes Thema, nicht? Das ist so schwierig, denn in vielen Materien wird etwas zum Besseren gewendet, aber das Grundsatzgesetz bleibt so, wie man es nicht mag. Und dann musst du dich als Opposition entscheiden: Stimmtst du zu, weil es etwas besser geworden bist, oder lehnt du ab, weil du das Grundsatzgesetz ablehnst?

Und wir haben sicher am Anfang sehr häufig zugestimmt, weil wir gesagt haben: Die Neuerungen, die sind in Ordnung – mit dem Ergebnis, dass wir uns dann von der Regierung haben anhören können, dass wir eh überall zugestimmt haben und wo wir überhaupt noch unsere Kritik festmachen. Und von der zweiten Oppositionspartei, nämlich von den Freiheitlichen, wurden wir manchmal als – was war das böseste Wort? – „Wurmfortsatz der Koalition“ bezeichnet, weil wir vielen Dingen zugestimmt haben, und dann überdenkst du das natürlich und sagst: Ja, okay, wenn sie unsere Stimmen eh nicht brauchen, wenn sie das falsch interpretieren und dich dann auf eine unzulässige Weise vereinnahmen, dann eben nicht! Und das macht es schwierig, denn wenn du eine Novelle hast, die an sich vernünftig ist und zu der du deswegen Nein sagen musst, weil du sonst falsch vereinnahmt wirst, dann widerstrebt einem das auch. Also es ist eine ständige Abwägung, und es ist weit differenzierter, als es sich in der Öffentlichkeit darstellt.

Interviewer: Hat sich im Klub dann in der Regel Konsens gebildet, oder wurde auch abgestimmt?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Fast immer am Ende Konsens. Aber es wurde ... ich weiß nicht, ob wir regelmäßig abgestimmt haben, aber ich glaube eigentlich schon. Aber

das spürst du ja. Wenn eh alle einer Meinung sind, dann geht das Abstimmen blitzartig, ansonsten hast du halt eine längere Diskussion und dann stimmst du ab. Und dann geht es darum, wenn jemand dagegen ist, zu sagen: So, und was machst du jetzt, wennst dagegen bist? Und bei diesem „Was machst jetzt?“ hast du eine Bandbreite. Dann gibt es die Bandbreite, zu sagen: Stimmst halt dagegen, tut mir nicht weh!, oder sagst du: Weißt, das tut mir wirklich weh, denn da geht es um unsere Marke! Und es gibt noch eine Variante, die kann ein Außenstehender schwer verstehen, aber ich gestehe, ich empfinde es durchaus als eine Abstufung, jemandem zu sagen: Kannst net rausgehen? Das wird dann immer als feig und nicht zur Sache stehend empfunden. Ich glaube, das ist ein Stufenbau in einem Instrumentarium, dass man sagt: Je nachdem, wie viel dir daran liegt. Wenn dir wirklich daran liegt, Nein zu sagen, bin ich die Letzte, die dich hindern kann und will. – So muss es sein in einer Demokratie.

Wenn man sagt: Wennst es nur net mogst, aber wenn es dir net richtig wehtut, kannst net rausgehen?, halte ich das nicht für irgendwelche Macheloikes³⁶ oder negativ, sondern das ist sozusagen die Abstufung eines Systems. Das kann man auch anders sehen, ich weiß schon, ich würde mich da jetzt nicht mit Feuer und Flamme in eine Diskussion werfen gegen jemand, der sagt, „Na, das darf nicht sein!“, aber ich empfinde das so. Ich empfinde diese Art von Pragmatik als nicht unehrlich. Und da hat es bei uns auch unterschiedliche Abstufungen gegeben, aber eigentlich relativ selten.

Eine Sache, die nicht einmal so wichtig ist, aber die halt der Betroffenen wichtig war, das war das Werbeverbot für Tabakwaren im Umfeld von Schulen, wo die Klara Mutter heftig dafür war, und ich habe das für völlig unnötig gefunden – was soll das? Ich glaube, ich habe es jetzt richtig in Erinnerung, aber ich habe das für eine unnötige Bevormundung gesehen, und für mich ist es halt wirklich nur der Zugang gewesen: Wo brauchen wir Regelungen? Natürlich wäre mir lieber gewesen, dass man weiß, wofür die Liberalen stehen, aber wenn die Klara sagt, na, das widerstrebt ihr, dann soll sie, nicht? Aber bei den wichtigen Fragen, glaube ich, waren wir immer einer Meinung.

36 | Der Begriff „Macheloikes“ steht im Wienerischen für heimliche Machenschaften und hat eine negative Konnotation. Das Wort scheint aus dem Jiddischen zu kommen, wo „machlójkess“ für einen Zwist oder Disput steht, während im Polnischen „machlojka“ die Bedeutung eines Betrugs oder Schwindels angenommen hat.



Heide Schmidt (re.) mit der damaligen Nationalratspräsidentin Barbara Prammer beim Empfang zur Eröffnung der Installation des ImPulsTanz-Festivals Scattered Crowd (2008)



Portrait von Heide Schmidt (2006)



Heide Schmidt bei der Verleihung der Concordia-Preise (2017)

Interviewer: Sie haben das „Hinausgehen“ angesprochen, das ist so eine Besonderheit des österreichischen Parlaments, weil es das Instrument der Stimmenthaltung nicht gibt, das andere Parlamente kennen. Würden Sie das für eine wertvolle Ergänzung des parlamentarischen Instrumentariums halten?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ja, das wäre für mich eigentlich der Ersatz. Da haben Sie recht, daran habe ich jetzt gar nicht gedacht. Da haben Sie recht. Aber es gibt natürlich ein Argument dagegen, dass man sagt, im Leben kannst du dich auch nicht der Stimme enthalten, du musst dich entscheiden: so oder so? Und wenn ich das von einem Abgeordneten nicht erwarten kann, dann fehlt ihm etwas. Das ist ein Argument, das ich akzeptiere, aber ich glaube halt, dass man es auch pragmatischer sehen darf. Insofern: Ja, ich würde die Enthaltungsmöglichkeit für sinnvoll halten, weil ich schon vorher gesagt habe, ich empfinde das Hinausgehen als eine zulässige Reaktion. Da kann ich ja nur Ja zu einer Stimmenthaltung sagen, aber ich habe auch vorher gesagt und wiederhole mich: Ich verstehe, wenn das jemand nicht akzeptiert und sagt: Na, du kannst im Leben auch net sagen, ich enthalt' mi, ob ich über die Brücke geh' oder net, sondern du bleibst da oder gehst rüber. So ist es einfach. (Heiterkeit.)

Interviewer: Wir haben jetzt viel über Gesetzgebung gesprochen und auch über den verhältnismäßig geringen Einfluss der Abgeordneten, insbesondere jener der Opposition, auf die Inhalte der Gesetzgebung. Die Hauptaufgabe der Oppositionsfraktionen wird daher auch in einer politikwissenschaftlichen Perspektive in der Regel als die Aufgabe der Kontrolle der Regierung gesehen. Wie haben Sie die Kontrolltätigkeit des Parlaments erlebt, und wie haben Sie sie vollzogen?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Die ist natürlich weitschichtig, denn da gibt es ja eine Anzahl von konkreten Instrumenten, aber letztlich geht es über die konkreten Instrumente hinaus. Da gibt es das Instrument der Anfrage, der normalen schriftlichen Anfrage, da gibt es das Instrument der Anfrage in der Anfragebeantwortungsstunde³⁷, die eher ein Ritual ist als wirklich eine Anfragebeantwortung, und es gibt natür-

37 | Das neue Bundesgesetz vom 6. Juli 1961 betreffend die Geschäftsordnung des Nationalrates, BGBl. Nr. 178, führte als wesentliche Neuerung – nach internationalen Vorbildern – die sogenannte Fragestunde ein, in deren Verlauf die Abgeordneten kurze mündliche Anfragen an die Mitglieder der

lich die Dringliche Anfrage³⁸, wo letztlich die Kontrolle durch die Debatte stattfindet. Und es gibt die Kontrolle, die auch außerparlamentarisch stattfindet und ins Parlament getragen wird bei Tagesordnungspunkten, die von vornherein gar nicht wie Kontrolle aussehen, aber wo du natürlich zur Materie etwas einbringen kannst, das du in deiner Kontrollüberlegung schon öffentlich gemacht hast. Das ist alles legitim. Und dieses Sich-stellen-Müssen der Regierenden ist mit Sicherheit eine ganz wichtige Geschichte, wenn sie auch ... wie soll ich sagen? ... machtpolitisch einschlägig beantwortet wird. Und vergessen wir nicht die Kontrollinstrumente des Parlaments, den Rechnungshof und die Volksanwaltschaft. Aber ich sage mir, letztlich ist es immer auch eine Frage der Aufmerksamkeit der Bevölkerung, was sie aufnimmt und was nicht und welche Konsequenzen sie daraus zieht. Das Jammern über die Unzulänglichkeit eines Systems oder über die Unzulänglichkeit der Funktionärinnen und Funktionäre, das liegt mir nicht, weil ich sage: Wenn der Leidensdruck groß genug ist, dann wird die Bevölkerung hoffentlich reagieren. Das Reagieren findet nicht nur, aber vor allem an der Wahlurne statt, es findet auf vielen Ebenen statt, inzwischen auch durch eine neue Demonstrationskultur.

Die Kontrolle beginnt bei einem Interview, das du als Oppositionelle gibst, und hört beim Misstrauensantrag³⁹ oder beim Untersuchungsausschuss – das ist sozusagen

Bundesregierung richten konnten. Seither ist die Fragestunde geschäftsordnungsrechtlich weiterentwickelt worden, um sie abwechslungsreicher und medial interessanter zu gestalten.

38 | Die Dringliche Anfrage ist eine schriftliche Anfrage, die auf entsprechendes Verlangen noch in jener Sitzung, in welcher sie eingebracht worden ist, beantwortet werden muss, worauf eine Debatte folgt. Die Dringliche Anfrage genießt daher in der Regel große öffentliche Aufmerksamkeit und gilt als scharfe Waffe der Opposition. Seit 1988 sieht das Geschäftsordnungsgesetz eine Begrenzung der Zahl Dringlicher Anfragen vor, die im Laufe eines Jahres eingebracht werden können.

39 | Gemäß Artikel 74 des Bundes-Verfassungsgesetzes kann der Nationalrat der Bundesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder durch Entschließung das Misstrauen aussprechen; in diesem Fall hat der Bundespräsident die Bundesregierung bzw. das betroffene Mitglied der Bundesregierung des Amtes zu entheben. In der parlamentarischen Praxis finden Misstrauensanträge, wie sie die Oppositionsfractionen als Zeichen der Missbilligung einbringen, in der Regel keine Mehrheit, weil die Bundesregierung von den Mehrheitsfraktionen unterstützt wird. Erst einmal ist es tatsächlich zu einem Misstrauensvotum gekommen, nämlich am 27. Mai 2019, als der Nationalrat der Bundesregierung Kurz das Vertrauen entzogen hat.

das stärkste Instrumentarium – auf. Und alles kann etwas bewirken, vieles bewirkt nichts.

Interviewer: Woher bezieht eine Oppositionspartei das Material für Kontrollaktivitäten? Ist das Analyse von Texten, von Berichten, sind das Informationen, die von der Bevölkerung an die Abgeordneten herangetragen werden?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Das ist eine Mischung von allem. Natürlich können das Hinweise aus der Bevölkerung sein, wo man allerdings verdammt aufpassen muss ... Und ich entsinne mich, dass ich als Freiheitliche einmal eine Anfrage mitunterschrieben habe – was war das nur für ein Thema? –, das war jedenfalls ein Hinweis aus der Bevölkerung, der mir jedenfalls nachprüfenswert schien. Ich habe die Anfrage mitunterschrieben, nicht eingebracht, aber mitunterschrieben, weil ich nichts Böses dahinter vermutet habe, und letztlich hat sich das als eine ganz bewusste Diskreditierung herausgestellt – das ist mir nicht angenehm, das habe ich dann später noch das eine oder andere Mal gehört –, ich glaube, dass es die Diskreditierung des Dokumentationsarchives [des österreichischen Widerstandes] war, und da sind die Interessenlagen ja oftmals sehr, sehr klar. – Vielleicht hätte man aufmerksamer sein müssen, das mag schon sein. Also es ist eine Mischung, dass Menschen auch so einfach von irgendetwas berichten, und das ist auch meine Erinnerung an die Volksanwaltschaft, auch da musst du halt ein Sensorium entwickeln, und da kannst du dich manchmal auch irren, wo es wert ist, einem Hinweis nachzugehen. Das aufmerksame Lesen von Berichten, Zeitungen, Interviews und so weiter, da gibt es immer wieder etwas, wo man sagt: Was? Das kann doch jetzt nicht sein, oder da hat sich jemand verredet oder sonst etwas. Und das aufzugreifen bis hin dann zu ganz konkreten Dingen, wo noch etwas offengeblieben ist – so eine Palette!

Interviewer: Sie sind als Spitzenvertreterin Ihrer Partei aufgrund Ihres hohen Bekanntheitsgrades ja wahrscheinlich je nachdem privilegiert, oder Sie unterliegen einem Privilegium odiosum, also einer als unangenehm empfundenen Sonderstellung: Sie haben erwähnt, Sie sind von jedem dritten Menschen auf der Straße angesprochen worden. Aber wie kommuniziert ein Abgeordneter, eine Abgeordnete regelmäßig mit der Zivilgesellschaft? Welche Kanäle sind da besonders wichtig?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Es sind einerseits Diskussionsrunden und Informationsrunden – und da sind die Grenzen oft fließend –, die man macht, und zwar eigenständig initiiert. Das geht natürlich meistens über den Parteiapparat, aber erreicht daher nicht jene Bandbreite, die man gerne hätte, wobei ich sagen muss, als Liberale haben wir da schon das Glück gehabt, dass wir sehr viele Menschen angesprochen haben, die keinerlei Parteibindung hatten und die einen Grundrespekt uns gegenüber empfunden haben, und wir haben sie auch wirklich nie vereinnahmt. Daher ist das zwar ein überschaubarer Kreis, aber doch einer mit Öffnungen. Dass man Einladungen anderer ganz bewusst annimmt, wo man auf Podien ... entweder dieses Podium allein nutzen kann, oder aber in Diskussion mit anderen Informationen und Positionen vermitteln kann, das habe ich eigentlich sehr viel gemacht. Man reist durch die Lande, und zwar mit beiden Aufgaben, indem man eben von Vorträgen über Diskussionen, Eigen- und Fremddiskussionen, in den verschiedensten Bundesländern unterwegs ist, bis hin zu den eigenen Funktionärinnen und Funktionären. Denn das ist auch eine ganz wichtige Aufgabe, da etwas weiterzugeben, damit die das wiederum weitergeben. Und die haben ja auch wieder die unterschiedlichsten Möglichkeiten; das fängt bei den berühmten Stammtischen an und hört bei Eigenveranstaltungen mit einem qualifizierteren Publikum auf. Das sind so Steine, die man ins Wasser wirft, die ganz viele Ringe dann verbreiten und verursachen, wo man auf diese Ringe eben setzen muss, damit man an möglichst viele Leute herankommt, bis hin eben zu Auftritten in den Medien, sei es nun in einer Zeitung oder sei es im Fernsehen, da erreicht man natürlich die meisten Menschen.

Interviewer: Man kann Sie sich einfach auf einem Podium besser vorstellen als an einem Stammtisch oder auf einem Feuerwehrfest.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Alles gemacht!

Interviewer: Aber welche Rolle spielen diese Foren für Abgeordnete? Wie ist da die Erwartung der Gesellschaft?

Mag. Dr. Heide Schmidt: In meiner freiheitlichen Vergangenheit habe ich diese

Stammtische und Feuerwehrfeste, und wie sie alle heißen, zuhauf gemacht, und das hat eine völlig andere Qualität als jene Veranstaltungen, die wir dann als Liberale gemacht haben. Ich will das jetzt gar nicht abschätzig sagen, obwohl mir das eine näher ist als das andere, aber die Möglichkeiten und die Erwartungshaltung bei diesen Feuerwehr- und sonstigen Festen sind sehr stark stimmungsbezogen, und die anderen Veranstaltungen sind stärker informationsbezogen. Und das macht schon einen großen Unterschied aus. – Beides ist wichtig! Ich glaube, dass es für Politikerinnen und für Politiker wirklich ganz wichtig ist, Stimmungen zu erfahren und zu einer Stimmung beizutragen. Wenn du das natürlich in einem Umfeld machst, das mit Essen und Trinken verbunden ist, wobei dann das Trinken mit zunehmender Zeit eine immer größere Rolle spielt, dann hast du eine andere Stimmung und andere Möglichkeiten. Und das kann man zwar immer noch redlich machen, aber Redlichkeit macht halt nicht so viel Spaß – den Leuten dort. (Heiterkeit.) Hingegen ist so eine Stimmung natürlich ideal fürs Dreinhauen. Und das ist ganz offenkundig wirklich die große Fähigkeit der Freiheitlichen. Da geht nichts an Information, da geht viel an Botschaften – und ich empfinde die überwiegend als negative Botschaften.

Und jetzt erzähle ich Ihnen eine Geschichte aus meiner Vergangenheit mit dem Jörg Haider, die ich mir deswegen im Gedächtnis bewahre, weil sie einerseits die Person, finde ich, gut beschreibt, und das sage ich jemandem, der ihn auch gekannt hat, weil das ist schwierig einer anderen Generation zu vermitteln, und weil sie auch insgesamt so ein Gesellschaftsphänomen beschreibt. Ich weiß nicht, ob ich sie Ihnen schon erzählt habe, ich erzähle sie jedenfalls noch einmal: Das war so die Zeit, als er begann, Ausländerinnen, Ausländer auszuspielen gegen die hiesigen Arbeitsplätze. Und das war mir furchtbar. Und dann habe ich mit ihm ein Vieraugengespräch gehabt, und wir haben darüber geredet, dass man so nicht umgehen kann und dass das die falschen Botschaften sind, und überhaupt, wie er halt immer Emotionen aufnimmt und diese Emotionen verstärkt, dass das eine Eigendynamik gewinnt, vor der man sich manchmal fürchten muss. Und das war ein sehr konstruktives Gespräch, weil man konnte mit ihm wirklich gut reden – und er hat auch zugehört. Und dass er zugehört hat, das hat er einem immer wieder vermittelt, sodass man sich sicher sein konnte. – Das war eines der Phänomene.

Nach diesem Gespräch hatten wir eine Veranstaltung – es muss in Kärnten gewesen sein, ich sehe zwar den Saal noch vor mir, aber ich weiß nicht mehr, welcher Ort es war. Und ich war damals Generalsekretärin und saß in der ersten Reihe, und er war oben am Podium und – der Saal war brechend voll, die freiheitlichen Säle waren immer brechend voll – redete; er hielt eine Rede, rhetorisch war er ja gut, er war relativ sachlich, und ich saß interessiert in der ersten Reihe, aber es war nicht wirklich Stimmung im Haus. Und dann irgendwann, fragen Sie mich nicht, was es war, hatte er das, was man gemeinhin einen „Sager“ nennt, losgelassen, und Sie haben gespürt – gesehen, gespürt, gehört –, wie der Funke übergesprungen ist – und das war kein freundlicher Sager, das war halt ein deftiger – und wie das Ganze wirklich auf einmal begonnen hat, zu leben.

Und dann schaut er so zu mir hinunter in die erste Reihe und zwinkert mir zu. Und in dem Zwinkern lag alles drinnen, und deswegen finde ich diese Geschichte so informativ. Damit hat er mir – und auch erklärend, weil mich viele fragen: was hast du dort so lange gemacht? – das Gefühl gegeben: Siagst es, ich hab's versucht, siagst es, es funktioniert net, siagst es, so funktioniert's! Und da lag alles drinnen. Und dieses Umgehen mit Massen – es ist etwas anderes, wenn du einen Saal hast, wo du 60 oder 100 Leute hast, oder wenn du einen Saal hast, wo du 1 500 hast, dass man da anders umgehen muss, ist schon klar, und dass man in einem Saal anders umgehen muss als auf der Straße, das ist auch klar. Ich habe genug Straßenveranstaltungen gemacht, wo der Platz voll war. Also ich weiß, wovon ich rede, sowohl als unmittelbar Betroffene als auch als mittelbar Betroffene, und die Kommunikation läuft jeweils anders und die Verantwortung liegt einzig und allein bei dem- oder bei derjenigen, die das bedient: Und du kannst es so bedienen und du kannst es so bedienen.

Interviewer: Was ist Ihr Repräsentationsverständnis, wenn man das so nennen will? Es gibt ja in der Politikwissenschaft diese Dimensionen des Repräsentationsverständnisses „trustee versus delegate“, der Ausübende des freien Mandats gegenüber dem Beauftragten einerseits, andererseits auch die regionale Dimension: Ist der oder die Abgeordnete primär einem bestimmten Wahlkreis – Ost, oder was auch immer –, einer bestimmten regionalen Struktur verantwortlich oder dem Gesamtvolk, dem Gesamtstaat?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Auch das würde ich jetzt als konzentrische Kreise sehen. Denn wenn du auch als Regionalkandidatin antrittst, trittst du als Kandidatin einer Partei an, die dem Gesamten verpflichtet ist; und daher glaube ich, dass das nicht trennbar ist. Dass man das Augenmerk auf die Interessenlage der Region richten muss, das ist das Wesen des Regionalkandidaten und der -kandidatin, weil das jemand anderes vielleicht gar nicht weiß. Also einzubringen, was das Gesetz für die Region bedeutet und wer hier wie betroffen ist, das ist eine Aufgabe von Regionalkandidatinnen und -kandidaten, aber in der Abwägung dann, was man beschließt, das kann durchaus auch einmal gegen die Interessenlage der unmittelbar Betroffenen gerichtet sein, weil das größere Ganze das Wichtigere ist; und das halte ich auch für notwendig und für richtig. Dann ist es wieder die Aufgabe, das zu erklären und zu kommunizieren, und da wird man nicht alle erreichen – wen erreicht man schon, wenn man gegen die Interessen entscheidet? –, aber man muss es zumindest versuchen zu erklären. Und ihnen die Abwägung klarzumachen, das sehe ich als eine Aufgabe, und daher kann das einmal im Widerspruch liegen, aber das Grundsätzliche ist für mich das Entscheidendere, weil das im Leben immer so ist, weil das die Aufgabe ist: die Interessen abzuwägen und dann dort zu entscheiden, wo man glaubt, dass die Waagschale richtiger liegt.

Ich bin jedenfalls eine wirklich überzeugte Vertreterin der repräsentativen Demokratie und glaube, dass die direkte Demokratie in Österreich von den Instrumenten her ausgebildet genug ist; es wird nicht immer fair mit dem umgegangen. Also wenn ich mir ansehe, wie mit manchen Volksbegehren umgegangen wird, wenn ich mir ansehe, wie mit manchen Bürgerinitiativen umgegangen wird, also alles das, was Instrumente der direkten Demokratie sind, dann gibt es hier massive Verstöße gegen mein Verständnis von Demokratie – aber vom Instrumentarium her halte ich es für ausreichend.

Und ich halte gar nichts davon, Sanktionen an einen schlechten Umgang mit diesen Instrumenten zu knüpfen, die wiederum eine Dynamik auslösen würden, von der ich glaube, dass sie übers Ziel schießend wäre – also, zum Beispiel zu sagen, wenn mit dem Volksbegehren schlecht umgegangen wird, dann soll man eine Volksabstimmung darüber machen, bei einer bestimmten Zahl von Beteiligten. Das würde ich für nicht demokratisch halten, weil es genug Studien gibt, und auch die persönliche Erfahrung

macht mich sicher, dass diese Studien auch stimmen, dass du eine „Klüngeldemokratie“ damit herbeiführst. Für mich ist immer ein Paradebeispiel – aber es gibt viele, ich merke mir nur nicht alle, weil ich sie nicht mehr brauche, weil ich nicht mehr so viel dozierend unterwegs bin – Hamburg, wo es um die Abstimmung über die Gesamtschule gegangen ist und die Mehrheit Nein gesagt hat. Die Bevölkerung hat Nein dazu gesagt, also das ist es, was die Bevölkerung will, war die Schlussfolgerung. Und dann schaut man sich an, wer sich wo beteiligt hat, und dann ist sozial so klar zuzuordnen, dass die Besitzstandswahrerinnen und -wahrer des Gymnasiums ihr Gymnasium verteidigt haben, nämlich die, die es selbst besucht haben oder ihre Kinder dorthinschicken, weil die haben an der Abstimmung teilgenommen, und die anderen, die sozial Schwächeren, für die das eine Rutsche sein sollte – die haben sich gar nicht beteiligt!⁴⁰ Jetzt kann man sagen: Selber schuld!, nur die Demokratie sagt nicht: Selber schuld!, sondern die Demokratie versucht, einen Ausgleich herzustellen und alle hereinzuholen. Und das schafft man, glaube ich, nicht mit diesem Instrument der direkten Demokratie, sondern das schafft man doch eher mit einem anständigen Umgang mit den Mitteln, die wir haben, und einer Entscheidung der Politik, für die sie die Verantwortung nicht delegieren darf. – Dort liegt der „Hase im Pfeffer“ ... wenn man das einfach so wegschiebt. Und deswegen bin ich dann immer so allergisch, wenn gerade jene Parteifunktionäre und -funktionärinnen, die so umgehen mit dem, was wir haben, dann nach neuen Instrumenten rufen. Das ist mir von vornherein verdächtig.

Interviewer: Haben die neuen Medien nach Ihrer Einschätzung am Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Parlament etwas verändert?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ich glaube schon, aber ich bin die falsche Ansprechpartnerin – ich nutze die neuen Medien nicht und weiß es daher nicht im Detail. (Heiterkeit.)

Interviewer: Wenn Sie auf Ihre parlamentarische Tätigkeit zurückblicken: Welche Persönlichkeiten sind Ihnen da als besonders eindrucksvoll, besonders prägend in Erinnerung?

40 | Der Ausbau der vierjährigen Grundschule zu einer sechsjährigen gemeinsamen Primarschule wurde in Hamburg bei einem Volksentscheid am 18. Juli 2010 mit 54,5 % der Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 39,3 % abgelehnt.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Also nahe liegt natürlich der damalige Parlamentspräsident und heutige Bundespräsident Heinz Fischer, und zwar deswegen, weil ich ihn – noch als ich im Bundesrat bei der FPÖ war, da war er noch Klubobmann – als einen so überzeugten Parlamentarier erlebt habe. Und vor allem dann als Parlamentspräsident ... Jetzt mag es schon sein, dass es da auch Parteibefangenheiten gibt – wer kann sie schon ganz ablegen? –, aber das kann ihm niemand wegnehmen, dass in seinem Fokus immer das Parlament als Ganzes gestanden ist. Und das finde ich nicht selbstverständlich, da habe ich, zwar aus der Entfernung, dann andere Präsidenten erlebt, aber das, glaube ich, kann Fischer auch eine Oppositionelle nicht streitig machen, dieses sichere, auch juristische und demokratische Parlamentsverständnis, das er hatte. Und das finde ich beeindruckend, auch von der Kompetenz her und von der Art und Weise, wie er das gehandhabt hat, ob das in der Präsidiäle war oder ob das im Vorsitz war. Ich erinnere mich, dass in der einen oder anderen Situation eine liberale Kollegin zu mir gesagt hat: „Mein Gott, bin i froh, dass der Fischer da oben sitzt!“ Und das ist nicht selbstverständlich, dass das ein Oppositioneller oder eine Oppositionelle sagt. Also daher liegt es nahe, dass mir er als Erster einfällt. Und jetzt muss ich nachdenken ... (Heiterkeit.)

Interviewer: Nehmen Sie sich Zeit!

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ich gebe schon zu, ich habe mit einigen Abgeordneten durchaus eine gute Gesprächsbasis gehabt, aber keine außerordentliche. Das, fürchte ich, ist auch zwischen Opposition und Regierungsparteien eine seltene Geschichte. Aber mit Heinz Fischer bin ich bis heute befreundet, und das liegt wohl auch daran, wie wir zu dritt im Präsidium waren, gemeinsam auch mit Robert Lichal⁴¹ ... das war ein sehr konstruktives Miteinander, das muss ich wirklich durchaus positiv einreihen. Aus dieser Zeit ist etwas für mich Ungewöhnliches geblieben: Man hat mir, wiewohl Opposition und sie Regierungsparteien, durchaus das Gefühl gegeben, dass wir ein

41 | Robert Lichal (1932–2024), niederösterreichischer Landesbeamter und christlicher Gewerkschafter, von 1987 bis 1991 Bundesobmann des ÖAAB, gehörte von 1976 bis 1979 dem Bundesrat und von 1979 bis 1987 sowie von 1990 bis 1994 dem Nationalrat an. Von 1987 bis 1990 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Landesverteidigung, von 1990 bis 1994 jenes des Zweiten Präsidenten des Nationalrates.

Triumvirat sind. Und ich hoffe, dass ich meinen Beitrag dazu geleistet habe, dass sie das auch nicht missbraucht gesehen haben. Ich habe das Gefühl gehabt, dass es uns dreien ums Parlament geht und dass es nicht um unsere Fraktionen geht, auch wenn jeder seine fraktionellen Bindungen natürlich auch hat – hundertmal Präsident. Aber das ist schon eine Frage, wie so etwas gehandhabt wird. Und in den anderen Parteien ... wie gesagt, ich habe gute Gespräche gehabt, gute Verbindungen gehabt, aber nicht so außerordentlich, dass ich sie jetzt herausheben würde.

Interviewer: Was macht nach Ihrer Erfahrung und Einschätzung einen guten Abgeordneten oder eine gute Abgeordnete aus?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Ja, was einen Politiker nach Max Weber⁴² ausmacht: Verantwortung, Leidenschaft und Augenmaß. Ich glaube, besser kann man es nicht auf den Punkt bringen, wie er das seinerzeit auf den Punkt gebracht hat. Das gilt zwar vielleicht noch mehr für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, das fällt jetzt nicht so unmittelbar in die Kategorie. Abgeordnete sind natürlich Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, aber es ist etwas anderes, wenn du eine von vielen bist, als wenn die Verantwortung unmittelbar auf deinen Schultern liegt. Und daher sind diese drei Eigenschaften wahrscheinlich vor allem auf Letztere gemünzt gewesen, aber dennoch, es sind drei Eigenschaften, die eigentlich auch für Abgeordnete in meinem Anforderungsprofil Voraussetzung sind.

Und dann gehört dazu das Bestreben, sich Kompetenz zu erwerben – die hast du im Regelfall nicht von vornherein –, der Fleiß, und der ist vor allem in den kleinen Fraktionen eine große Herausforderung. Das kann sich jemand aus einer großen Fraktion überhaupt nicht vorstellen, was das heißt, wenn du diese Arbeit auf zehn oder auf elf Leute oder nur auf neun Leute aufteilen musst, was die mit ihren 35 oder früher 45 oder 55 gehabt haben ... also das ist schon etwas, diese Bereitschaft, sich die Kom-

42 | Max Weber (1864–1920) lehrte als Soziologe und Nationalökonom an den Universitäten Berlin, Freiburg, Heidelberg, Wien und München. Neben seinem Hauptwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“ wird bis heute sein Vortrag über „Politik als Beruf“ aus dem Jahr 1919 viel zitiert, in welchem er wesentliche Anforderungen an den Politiker im Spannungsfeld von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik dargelegt hat.



Enthüllung des Portraits des Präsidenten des Nationalrates a. D.
Bundespräsident Heinz Fischer auf Einladung des Nationalratspräsidenten
Andreas Khol (2005) (v. li.) Heinz Fischer, Robert Lichal, Heide Schmidt



(v. li.) Heide Schmidt, Heinz Fischer, UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali, Robert Lichal

petenz zu erwerben und das Ernstnehmen der Materie. Denn ich gebe zu, dieses Ernstnehmen wird schon manchmal auf eine harte Probe gestellt: Die Sinnhaftigkeit dessen und das Ernstnehmen, was da alles geschieht, das kannst du dir alles nur bewahren, wenn du ein Verständnis vom Rechtsstaat hast und wenn du diesen als die wesentlichste Klammer eines Gemeinwesens siehst; dann ist dir das der Krückstock, um über Täler manchmal drüberzuspringen – und deren gibt es viele.

Interviewer: Wenn Sie beispielsweise einem jungen Menschen die Bedeutung des Parlaments, die Rolle des Parlaments im politischen System Österreichs zu erklären hätten oder zu erklären haben, was sagen Sie da?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Dass es die unterschiedlichsten Interessen und Vorstellungen in einer Gesellschaft gibt, zu jedem Punkt. Dass es nicht nur ein Richtig und ein Falsch gibt. Dass im Übrigen deswegen die immer wiederkehrende Idee einer Expertenregierung ein Schmonzes ist, sondern es gibt – aus meiner Sicht – die Notwendigkeit der Abwägung und des Ausgleichs der Interessen, und das in einem zivilisierten, fairen Regulativ. Und dieses faire Regulativ findet im Parlament deswegen statt, weil hier die Vertreter von Parteien sitzen, die im Vorfeld gesagt haben, wie sie sich die Gesellschaft vorstellen, und du musst dich damit auseinandersetzen und nicht nur finden, dass der fesch ist und die nett ist, sondern dir vorstellen, wie die in Entscheidungssituationen agieren würden und wofür sie agieren würden, und dann gibst du ihnen deine Stimme; und je nachdem, wie stark sie werden, so werden sie deine Stimme im Parlament durchsetzen, aber nie alles, weil in einer Demokratie der Kompromiss ein integrativer Bestandteil ist. Und daher musst du wissen, wie schätzt du ein, welche Kompromisse die einerseits bereit sind, einzugehen, und andererseits in der Lage sind, durchzusetzen. Da kannst du dich verdammt irren, aber das gehört zum Leben dazu. Aber diesen Interessenausgleich zwischen den unterschiedlichen Vorstellungen musst du versuchen. Du brauchst dir ja nur deinen Nachbarn anzuschauen – hast du das Gefühl, dass der dasselbe in deiner Straße will wie du? Wie willst du das austragen? Im Fight oder indem man sich hinsetzt und verhandelt und überzeugt? Diese Verhandlung findet im Parlament statt, und das Ergebnis ist eine Mehrheitsentscheidung, und wenn dir die Mehrheiten nicht gefallen, musst du versuchen, sie



Heide Schmidt bei einem Interview für eine Podcastfolge im Parlament (2023)



Portrait von Heide Schmidt (2012)



Rede der Juryvorsitzenden Heide Schmidt anlässlich der Verleihung der Concordia-Preise (2020)

bei der Wahl zu ändern. Und deswegen braucht es das Parlament. Denn sonst schlagen sich die Menschen auf der Straße die Köpfe ein oder aber es gilt das Recht des Stärkeren – und das wollen wir alle nicht.

Interviewer: Gibt es eine Erfahrung, eine politische Erfahrung, eine persönliche Erfahrung, eine Lebenserfahrung, die Sie abschließend mit uns teilen wollen?

Mag. Dr. Heide Schmidt: Da fühle ich mich noch nicht alt genug. (Heiterkeit.)

Interviewer: Dann danke ich ganz herzlich für das Gespräch.

Mag. Dr. Heide Schmidt: Danke.

Zum Weiterlesen: Ausgewählte Schriften von Heide Schmidt

- ◆ Standortsicherung mit liberalen Prinzipien, in: Alfred Reiter (Hg.), Wirtschaftsstandort Österreich, Wien 1997, S. 208 ff.
- ◆ Ist Österreich auf dem Weg zum Polizeistaat?, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998, S. 571–581
- ◆ Für die Überwindung der Diskursunfähigkeit durch Kunst und Kulturarbeit, in: Gerald Raunig (Hg.), Kunsteingriffe, Wien 1998, S. 20 ff.
- ◆ Rechtspolitik der Zukunft, in: Michael Holoubek/Georg Lienbacher (Hg.), Rechtspolitik der Zukunft – Zukunft der Rechtspolitik, Wien 1999, S. 393 ff.
- ◆ Die Idee der offenen Gesellschaft, Wien 2001
- ◆ Eine Welt (fast) ohne Frauen: Das Problem der männlichen Spielregeln, in: Gerhard Feltl (Hg.), Die Fortschritt Macher, Wien 2002, S. 139 ff.

- ◆ Ein neuer „Staatsvertrag“ tut not, in: Christine Hahn u. a. (Hg.), Zwischen Befreiung und Staatsvertrag, Wien 2005, S. 202 ff.
- ◆ „Man macht sich keine Vorstellung von den Selbstzweifeln einer Politikerin“, in: Lou Lorenz-Dittelbacher, Der Preis der Macht: Österreichische Politikerinnen blicken zurück, Salzburg 2018, S. 227–263
- ◆ Die Chancen der Krise: Die Zukunft des Liberalismus, in: Hannes Androsch/ Peter Pelinka (Hg.), Zukunft - Perspektiven einer neuen Welt - erkennen, gestalten, Wien 2018, S. 330–340
- ◆ Ich seh das so: Warum Freiheit, Feminismus und Demokratie nicht verhandelbar sind, Wien 2020

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:

Republik Österreich – Bund, vertreten durch die Parlamentsdirektion

Adresse: Dr. Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Text: Günther Schefbeck

Redaktion: Sabina König, Tamara Oberleiter, Susanne Roth

Grafische Gestaltung: 4.2 – Corporate Identity | Nadja Bučovnik, Sara Pleschounig, Pia Wiesböck

Fotos:

- © Parlamentsdirektion/Anna Rauchenberger: S. 85 (oben)
- © Parlamentsdirektion/Carina Ott: S. 70 (oben)
- © Parlamentsdirektion/David Bohmann: S. 17 (re. u.)
- © Parlamentsdirektion/Hertha Hurnaus: S. 2, 6, 91
- © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner: S. 70 (re. u.)
- © Parlamentsdirektion/Mike Ranz: Coverfoto, S. 4, 81 (oben), 85 (li. u.)
- © Parlamentsdirektion/Willibald Haslinger: S. 11 (oben), 23, 33 (li. u.)
- © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen: S. 17 (li. u.)
- © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser: S. 17 (oben), 85 (re. u.)
- © Fotostudio Haslinger: S. 81 (unten)
- © Foto-Zentrum K. Reiberger: S. 39
- © HBF/Hotovy: S. 29 (oben), 43 | © HBF/Tindl: S. 7 (re. u.), 31
- © Hopi-Media Medienservice GmbH: S. 58 (oben)
- © Kelly Schöbitz / APA / picturedesk.com: S. 58 (unten)
- © Manfred Werner - Tsui/CC BY-SA 3.0: S. 47
- © Marco Lipuš: S. 70 (li. u.)
- © Marcus Pummer: S. 11 (li. u.)
- © ÖNB: S. 52 | © ÖNB/Titzer Klaus: S. 27
- © ÖNB/Wenzel-Jelinek Margret: S. 33 (re. u.)

Druck: Parlamentsdirektion

ISBN: 978-3-901991-58-5

Wien, im November 2025

Das Interview mit Heide Schmidt fand am 14. Dezember 2015 statt. Bei der vorliegenden Publikation handelt es sich um eine im Juni 2025 überarbeitete und ergänzte Fassung des Interviews.

Die Reihe wird laufend um weitere Interviews ergänzt; das Erscheinen der Bände folgt keiner Reihung oder Kategorisierung, sondern unterliegt dem Zufallsprinzip, da sie jeweils nach Fertigstellung als Publikationen aufgelegt und unter www.parlament.gv.at zum Download zur Verfügung gestellt werden. Bitte beachten Sie auch den Podcast „Geschichte(n) aus dem Parlament“, der ebenfalls auf diesen Interviews basiert, sowie die zusammenfassende Publikation „Erlebter Parlamentarismus. Das österreichische Parlament im Spiegel persönlicher Erinnerungen.“



Weitere Bände der Reihe:

Band 1: Heinz Fischer

Band 2: Andreas Khol

Band 3: Gerulf Stix

Band 4: Heide Schmidt

Band 5: Freda Meissner-Blau

Band 6: Jürgen Weiss

Band 7: Anna Elisabeth Haselbach

Band 8: Erhard Busek

Band 9: Karl Blecha

Band 10: Willi Brauneder

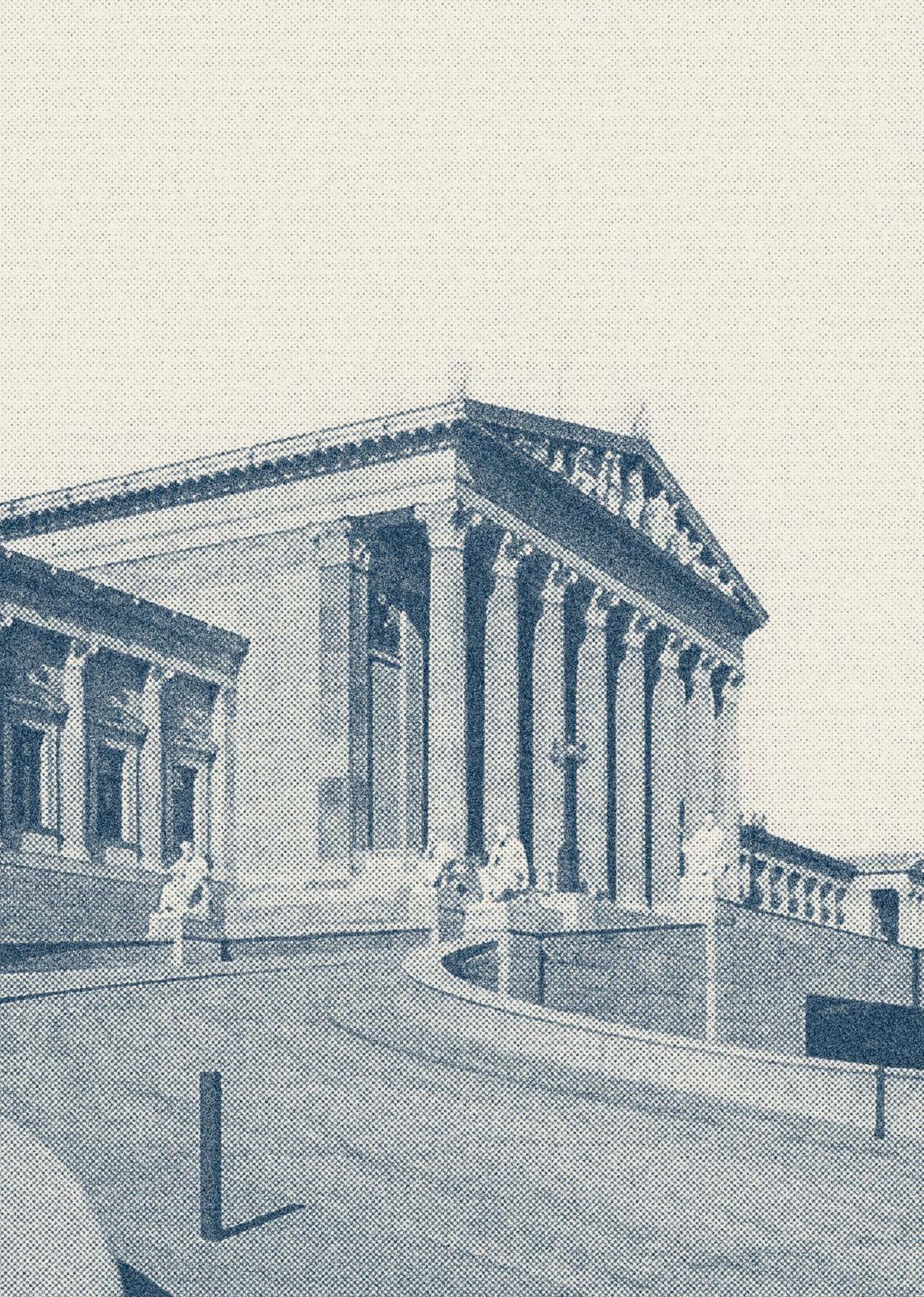
Band 11: Michael Krüger

Band 12: Peter Kostelka

Band 13: Terezija Stoisits

Band 14: Paul Kiss

Band 15: Karl Smolle



Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ bietet neue, spannende Einblicke hinter die Kulissen des parlamentarischen Betriebs in Interviews mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach und zeichnen so ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament.